Nr. 287. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1506. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 8. Dezember 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der Nimmersatt.

Der Militarismus hat wieder Hunger. Nicht den gewöhnlichen Hunger, denn der ist chronisch wie der Wolfshunger — nein außergewöhnlichen Hunger: Hunger nach einem außergewöhnlichen Bissen. Nicht nach Hunderten und Tausenden von Soldaten, sondern gleich nach Zehntausenden. Ein ganzes neues Armeekorps will der Moloch: 26 576 Soldaten mehr der Friedenspräsenzstärke. Und die Mehrausgaben dauernd, d. h. für jedes Jahr in Zukunft auf 27 388 000 M. geschätzt, die einmaligen aber auf 132 778 000 M. Also fordert es die neue Militärvorlage. Und was wird zu deren Begründung gesagt? Es heißt in den „Motiven" wörtlich:

„Das Gesetz vom 3. August 1893 hat die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres bis zum 31. März 1899 auf 479 229 Mann festgestellt; ihre erneute gesetzliche Regelung ist mithin zum 1. April 1899 erforderlich.

Mit lebhafter Genugthuung darf das deutsche Volk auf die letztverflossenen Jahre zurückblicken; eine weise Politik, gestützt auf eine starke, kriegsbereite Armee, hat ihm den Frieden in allen politischen Wechselfällen zu bewahren gewußt.

Die Verhältnisse, welche vor fünf Jahren die Verstärkung unserer Armee nothwendig machten, haben sich nicht geändert. Nach wie vor ist Deutschland infolge seiner geographischen Lage bedroht; die Rüstungen der Nachbarstaaten sind auch in der Zwischenzeit planmäßig und mit einem großen Aufwande von Mitteln fortgesetzt worden.

Zwar bietet die Friedenskundgebung Seiner Majestät des Kaisers von Rußland die Gewähr, daß zur Zeit ein Angriffskrieg von dieser Seite nicht beabsichtigt wird; aber eine Abrüstung ist nirgends erfolgt und unter den jetzigen Verhältnissen auch kaum zu erwarten.

Mit erschreckender Klarheit hat der Verlauf des spanisch-amerikanischen Krieges den Beweis geliefert, wie schwer der Mangel einer sorgsamen und planmäßigen Kriegsvorbereitung im Frieden sich rächt; kein Volk kann sie entbehren, wenn es Ansehen und Besitzstand behaupten will. So wird auch in Zukunft der Grundsatz in Geltung bleiben, daß ein starkes, wohlorganisirtes Heer der feste Eckpfeiler des Staates und zugleich die sicherste Bürgschaft des Friedens ist.

Unsere Nachbarstaaten — Frankreich und das europäische Rußland — arbeiten rastlos an der Vervollkommnung ihres Heerwesens. Sie haben, in Verbindung mit einer weit höheren Friedenspräsenzstärke als die unserige, ihr jährliches Rekrutenkontingent auf 250 000 und 300 000 Mann gesteigert, während in Deutschland die etatsmäßige Rekrutenzahl nur etwa 227 000 Köpfe beträgt. Ihre Kriegsorganisation ist in den letzten Jahren vielfach wesentlich erweitert worden; in Deutschland hat nur durch Umformung der vierten Bataillone der Infanterie-Regimenter 1897 ein vereinzelter Schritt in der Richtung stattgefunden. Demgegenüber lehrt die Erfahrung, daß bei allen Waffen sich im Laufe der Zeit Mängel und Lücken herausstellen, welche beseitigt werden müssen, wenn nicht die Leistungsfähigkeit und Gefechtskraft nach und nach gelähmt werden soll.

Aenderungen und Ergänzungen der Formationen sind deshalb das Kennzeichen eines gesunden, sich innerlich festigenden Heeresorganismus; ein Stillstand in dieser Entwicklung führt schließlich zum Verfall und damit im Ernstfalle zu schweren Rückschlägen.

Wenn wir uns daher der Nothwendigkeit nicht verschließen dürfen, daß zur Erhaltung der Schlagfertigkeit unseres Heeres organisatorische Maßnahmen getroffen werden müssen, so bietet doch die gegenwärtige politische und militärische Lage die Möglichkeit, von dem System plötzlicher erheblicher Heeresverstärkungen abzugehen und statt dessen einen planmäßigen, ruhigen Ausbau ins Auge zu fassen. Hierin liegt ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Vergangenheit, sowohl in volkswirthschaftlicher, als auch in militärischer Beziehung."

Die Bezugnahme auf den russischen Abrüstungsvorschlag liest sich wie eine blutige Satire. Der Zar will abrüsten und verlangt das alle abrüsten, allein niemand rüstet ab — und folglich ist es nichts mit der Abrüstung und wir müssen umgekehrt noch mehr rüsten. Kann man die Friedenskundgebung des Zaren deutlicher desavouiren?

Heißt das nicht die sämmtlichen Regierungen Europa's, die ohne Ausnahme den russischen Abrüstungsvorschlag mit Jubel und Lobeshymnen begrüßt haben, der nichtswürdigsten Heuchelei anklagen? Was immer die Absichten des Zaren gewesen sein mögen: für die Regierungen, an die sein Vorschlag erging, war die Wahl nur zwischen zwei Antworten.

Entweder sie mußten erklären: Dein Vorschlag ist Schwindel und Heuchelei, und es fällt uns nicht ein, eine so erbärmliche Komödie mitzuspielen.

Oder sie mußten sagen: Wir können aus Respekt vor Dir Deinen Vorschlag unmöglich als Schwindel und Heuchelei betrachten. Ist er das aber nicht, ist er ernst gemeint, so gilt es vor allen Dingen, durch die That den Ernst zu beweisen: mache sofort Vorschläge zur Abrüstung und gehe mit gutem Beispiel voran!

Nach der „Begründung" der neuen Militärvorlage sind die Regierungen anders verfahren. Sie haben den Zar mit Jubel begrüßt und mit Lob überschüttet — den Vorschlag des Zaren jedoch als absurd hingestellt. Sehr schmeichelhaft für die Regierungen ist diese Begründung mit ihren Insinuationen wahrhaftig nicht; und insbesondere ist sie sehr kompromittirend für die Reichsregierung.

Noch unglücklicher womöglich ist die Bezugnahme auf den spanisch-amerikanischen Krieg. Für jeden denkfähigen und vorurtheilsfreien Menschen ist durch diesen Krieg gerade die Ueberflüssigkeit der stehenden Heere bewiesen worden. Die Leistungen der jungen amerikanischen Freiwilligen-Truppen, die nicht einmal Milizen im schweizerischen Sinne waren, werden von denen keines stehenden Heeres übertroffen, und die Logik der militaristischen „Motive" schlägt dem gesunden Menschenverstand ins Gesicht.

Nicht weniger glücklich ist die Bezugnahme auf Rußland und Frankreich. Was die russische Regierung angeht, so hatte sie durch den Vorschlag des Zaren wenigstens eins ehrlich bekundet: daß ihre Rüstungen den Zielen ihrer Politik nicht genügen. Wäre dem nicht so, fühlte Rußland sich hinlänglich stark für einen Weltkrieg, so würde der Vorschlag nimmermehr aus dem Privatkabinet des Zaren herausgekommen sein.

Und nun gar Frankreich! Haben die Gelehrten des Militärkabinets und des Generalstabs, welche die neue Militärvorlage ausgearbeitet und „begründet" haben, in den letzten fünf Jahren nichts wahrgenommen? Haben sie nicht gelesen, was unsere Kinder schon in der Schule lernen, daß Frankreichs Bevölkerung stabil ist, während die deutsche sich rasch vermehrt, — daß Frankreich 15 Millionen Bewohner weniger zählt als Deutschland, und daß Frankreich, weil es außer stande ist, noch länger mit Deutschland gleichen Schritt in der Heeresvermehrung zu halten, jetzt vor der Alternative steht, entweder den militärischen Wettlauf mit Deutschland aufzugeben, oder die allgemeine Volksbewaffnung einzuführen? Und haben die Gelehrten des Militärkabinets und Generalstabes denn das Nachspiel des Dreyfus-Prozesses vergessen? Ganz verschwitzt, wie in Frankreich die öffentliche Meinung sich mit Elementargewalt gegen das stehende Heer, gegen den Militarismus und vor allem gegen den „militärischen Geist" wendet, diese absolute Negation des bürgerlichen Geistes, dieses Hemmniß für jedes freie und gesittete Staatswesen?

Kurz, eine unglücklichere und lahmere Begründung als die, welche dem neuen Militärgesetz beigegeben ist, war einfach nicht denkbar.

Indeß, was verschlägt das dem Moloch? Der Moloch verachtet die Logik — der Moloch hat Hunger. Und der Moloch hält den Militärstaat mit eiserner Tatze — der Bien muß.

Muß?

Giebt es nicht ein deutsches Volk? Und des Volkes Wohl und des Volkes Wille ist das oberste Gesetz.

Als 1893 der deutsche Reichstag die damalige Militärvorlage ablehnte und deshalb aufgelöst ward, ergaben die Wahlen des 15. Juni 1893 ein Stimmenmehr von einer Million gegen den Militarismus. Nur durch das mangelhafte Wahlsystem, das die Zahl der Gewählten nicht der Zahl der Wähler entspricht, ließ es sich erwirken, daß die damalige Militärvorlage mit Ach und Krach „durchgedrückt" wurde. Sie setzte die Friedenspräsenz auf 557 093 Mann fest. Und feierlich wurde versprochen, daß dies die letzte Heeresvermehrung sei. Das Versprechen wird jetzt damit erfüllt, daß die Friedenspräsenz von nun an 583 669 Mann — 26 576 mehr — betragen soll. Ein vernünftiger Grund ist nicht vorhanden. Niemand bedroht uns, wenn wir nicht andere bedrohen.

Und nicht genug mit der diesmaligen kolossalen Vermehrung der Präsenzziffer! Die neue Militärvorlage setzt eine dauernde Heeresvermehrung fest je nach der Volksvermehrung — eine Art gleitende Skala des Militarismus. Das ist in klassischster Form die Schraube ohne Ende. Und obendrein ein Selbstaktor von Schraube ohne Ende. Dies kann das deutsche Volk sich nicht bieten lassen. Der Moloch ist ein Nimmersatt — er hat immer Hunger, und immer Hunger nach mehr. Gleich der Kirche hat er schon ganze Länder aufgefressen, und ermannt sich das deutsche Volk nicht, so wird er auch unser Deutschland auffressen.

Nieder mit der neuen Militärvorlage! Stelle das Volk sich hinter seine Vertreter! Kräftige es sie zum Widerstand!

Und kommt es zu einer Auflösung des Reichstages, dann steht die Wählerschaft zu den treuen Vertretern und gehe zur Wahlurne mit dem Ruf:

Nieder mit dem Militarismus!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 7. Dezember.

Heute hatte der Reichstag nur Wahlarbeit. Zum ersten Präsidenten wurde Graf v. Ballestrem (Z.) gewählt. Die Nationalliberalen gaben weiße Zettel ab. Bismarck wird sich im Grabe herumdrehen. Der Mann, der ihm das historische Pfui! zurief, als er Kullmann dem Zentrum an die Rockschöße hängte, Präsident des deutschen Reichstages!

Bei der Wahl zum ersten Vizepräsidenten wurde Dr. v. Frege (kons.) — der Vater der „grünen Jungen" — von dem ultramontan-konservativ-nationalliberalen Kartell gewählt. Singer erhielt bei dieser Wahl 60 Stimmen, während 49 weiße Zettel von den freisinnigen Parteien abgegeben wurden. Die Wahl des zweiten Vizepräsidenten führte zu einer Stichwahl. Der von den Konservativen und Nationalliberalen vorgeschlagene Bassermann erhielt 119 Stimmen. Der Kandidat des Zentrums und der Freisinnigen, Schmidt-Elberfeld, bekam 158 Stimmen und Singer 51 Stimmen.

Bei der folgenden Stichwahl wurde Schmidt-Elberfeld zum zweiten Vizepräsidenten gewählt.

Die Wahl der Schriftführer mußte ebenfalls durch Stimmzettel erfolgen, wobei die Sozialdemokraten den von ihnen vorgeschlagenen Abg. Schippel durchsetzten.

Nächste Sitzung Montag, den 12. Dezember, nachmittags 2 Uhr: Etatsberathung.

Die Ironie der Weltgeschichte hat sich niemals klassischer und beißender bethätigt als in der gestrigen Sitzung des deutschen Reichstags, wo dem Fürsten Bismarck nach seinem Tod die bei Lebzeiten ihm versagte Ehrung gewährt ward, — gewährt ward nicht in seiner Eigenschaft als Nationalheros und Säkularmensch, sondern als einfaches Mitglied des Reichstags — und gewährt ward durch den Mund desjenigen Mannes, der in der Glühhitze des Kulturkampfs dem lebendigen Reichskanzler das berühmte Pfui! zugerufen hatte und seitdem aus dem schlimmsten aller Reichsfeinde der fast einstimmig gewählte Präsident des deutschen Reichstags, d. h. der deutschen Nationalvertretung geworden ist. O jerum jerum jerum — O quae mutatio rerum — ach, welcher Wandel der Dinge! —

Zur Erinnerung.

Als Ende August d. J. das Zaren-Manifest über die Abrüstung erschien, wurde von deutscher Seite offiziös die „Identität" der Anschauungen verkündet. Wir wissen also seitdem, wie unsere Regierung über den Militarismus denkt — es sind die Gedanken jener russischen Botschaft, die in ihren Hauptwendungen besagten:

„Da die finanziellen Lasten eine steigende Richtung verfolgen und die Volkswohlfahrt an ihrer Wurzel treffen, so werden die geistigen und physischen Kräfte der Völker, die Arbeit und das Kapital zum großen Theile von ihrer natürlichen Bestimmung abgelenkt und in unproduktiver Weise aufgezehrt. Hunderte von Millionen werden aufgewendet, um furchtbare Zerstörungsmaschinen zu beschaffen, die heute als das letzte Wort der Wissenschaft betrachtet werden und schon morgen dazu verurtheilt sind, jeden Werth zu verlieren, infolge irgend einer neuen Entdeckung auf diesem Gebiet. Die nationale Kultur, der wirthschaftliche Fortschritt, die Erzeugung von Werthen sehen sich in ihrer Entwickelung gelähmt und irregeführt. Daher entsprechen in dem Maße, wie die Rüstungen einer jeden Macht anwachsen, diese immer weniger und weniger dem Zweck, den sich die betreffende Regierung gesetzt hat. Die wirthschaftlichen Krisen sind zum großen Theil hervorgerufen durch das System der Rüstungen bis aufs äußerste, und die ständige Gefahr, welche in dieser Kriegsstoff-Ansammlung ruht, machen die Armee unserer Tage zu einer erdrückenden Last, welche die Völker mehr und mehr nur mit Mühe tragen können. Es ist deshalb klar, daß, wenn diese Lage sich noch weiter so hinzieht, sie in verhängnißvoller Weise zu eben der Katastrophe führen würde, welche man zu vermeiden wünscht und deren Schrecken jeden Menschen schon beim bloßen Gedanken schaudern machen. Diesen unaufhörlichen Rüstungen ein Ziel zu setzen und die Mittel zu suchen, dem Unheil vorzubeugen, das die ganze Welt bedroht, das ist die höchste Pflicht, welche sich heutzutage allen Staaten aufzwingt."

So denkt also unsere Regierung. Ihre Handlung aber besteht in einer neuen Militärvorlage! Heißt das nicht mit Bewußtsein jener Katastrophe, von der das Manifest eindringlich redet, entgegen führen? —

Deutsches Reich.

Zu den gegenwärtigen Ausweisungen war in Berliner Blättern mitgetheilt worden, diese Ausweisungen seien ohne Kenntniß der Reichsregierung von den betreffenden preußischen Provinzialbehörden vorgenommen worden. Darauf schreibt die „Nordd. Allg. Ztg." offiziös:

Ein hiesiges Blatt läßt sich „aus Oesterreich-Ungarn" schreiben, der Herr Reichskanzler habe der Wiener Regierung zu erkennen gegeben, daß er die jüngsten Ausweisungen österreichischer Staatsangehöriger aus Preußen nicht billige. Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Behauptung unwahr ist.

Der Reichskanzler nimmt also die Verantwortung für die Ausweisungen und ihre Folgen auf sich. Bisher war das Ausland — besonders nach der Erklärung des Herrn v. Köller — zu der Annahme berechtigt, daß die Ausweisungen ohne Einvernehmen mit der Zentralbehörde von den Provinzial- oder Bezirksregierungen ausgegangen seien. Wir glauben nicht, daß die nun erfolgte offiziöse Versicherung des Gegentheils auf unsere Beziehungen zum Ausland besonders günstig wirken werde. —

Der Gesetzentwurf, betreffend die Uebelstände in der Konfektionsindustrie, der in der Thronrede angekündigt wurde, wird, wie der „Konfektionär" mittheilt, voraussichtlich im wesentlichen die §§ 114, 137, 146, 150 und 154 der Gewerbe-Ordnung und vom Krankenversicherungs-Gesetze die §§ 2 und 54 betreffen, wie der Gesetzentwurf vom 18. Mai 1897, der am 24. Mai bei seiner ersten Berathung im Reichstage einer Kommission überwiesen, von dieser aber nicht mehr erörtert wurde, so daß bis zum Schlusse der Session ein Gesetz nicht zu stande kam. Durch die damalige Vorlage sollte dem Bundesrath die Ermächtigung gegeben werden, für bestimmte Gewerbe Lohnbücher oder Arbeitszettel vorzuschreiben, worin Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Akkordarbeit die Stückzahl,

ferner die Lohnsätze und die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten von dem Arbeitgeber oder dem dazu Bevollmächtigten zu beurkunden waren. Lohnbuch oder Arbeitszettel, über deren Einrichtung der Reichskanzler zu bestimmen hatte, sollte der Arbeitgeber auf seine Kosten beschaffen und dem Arbeiter nach Vollziehung der vorgeschriebenen Eintragungen vor oder bei der Uebergabe der Arbeit kostenfrei aushändigen. Zweitens war dem Beschlusse des Bundesraths vorbehalten, für bestimmte Gewerbe anzuordnen, daß Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern, deren tägliche Beschäftigung in der Fabrik 6 Stunden übersteigt, Arbeit nicht mit nach Hause gegeben werden dürfe; auch erhielten diese Bestimmungen auf die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Werkstätten entsprechende Anwendung. — Das Uebrige waren Strafbestimmungen. —

Ein Gesetz gegen die Unsittlichkeit, auch lex Heinze genannt, war bekanntlich wider Erwarten in der Thronrede nicht angekündigt worden. Aber das Gesetz kommt doch. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt offiziös:

„Uebrigens ist es verfehlt, aus dem Umstande, daß die Thronrede nur gewisse Vorlagen erwähnt, den Schluß zu ziehen, daß alle die erwähnten Vorlagen gleich in der ersten Session des Reichstages erledigt werden sollen, oder daß außer den erwähnten keine anderen Vorlagen dem Reichstag zugehen würden. So geschieht z. B. in der Thronrede einer lex Heinze keiner Erwähnung; trotzdem befindet sich ein solcher Gesetzentwurf in Ausarbeitung und wird auch dem Reichstag zugehen."

Es bleibt uns also die Hoffnung, daß die Unsittlichkeit in Kürze auf gesetzgeberischem Wege abgeschafft werden wird.

Paritätisches Kaiserthum. Zu einer Glosse der „Köln. Ztg." über die Palästina-Stelle der Thronrede bemerkt die katholische „Germania":

„Diese Worte der Thronrede enthalten nicht nur ein öffentliches und feierliches Bekenntniß des Kaisers zu den „ewigen Grundwahrheiten des Christenthums", die beiden christlichen Konfessionen gemeinsam sind, sondern sie geben auch, wie die „Köln. Ztg." treffend bemerkt, der Auffassung des Kaisers Ausdruck, daß er das paritätische Oberhaupt des Deutschen Reiches sei. Diese einzig richtige Auffassung ist auch von katholischer Seite stets vertreten worden, wenn von der anderen Seite und nicht zum wenigsten aus den Kreisen, die der „Kölnischen Zeitung" nahe stehen, von einem „protestantischen Kaiserthum" gesprochen wurde ... Hoffentlich werden die feierlichen Worte der Thronrede nun die von den Gegnern der katholischen Kirche erfundene Fiktion eines „protestantischen Kaiserthums" endgiltig beseitigen."

Die Kosten der Palästinafahrt. Zu der Meldung, daß die Kosten der Palästinafahrt durch den preußischen Landtag gedeckt werden sollen, bemerkt die „Staatsbürger Zeitung": Wir haben Grund zu der Annahme, daß es sich „nur" um die Deckung derjenigen Kosten handelt, die durch die Betheiligung amtlicher Kreise an der Einweihung der Erlöserkirche in Jerusalem entstanden sind. — Dadurch wird die Sache nicht geändert. Die amtlichen Kreise haben sich keineswegs in amtlicher Eigenschaft betheiligt. Uebrigens schließt sich die „Voss. Ztg." unserer Meinung an, daß der Landtag das Recht haben müsse, über die Reisen zu beschließen, wenn ihm angesonnen wird, die Kosten zu bewilligen. —

Unzufriedene Leute. Es giebt auch in unseren zerwühlten Zeiten Menschen, die mit sich durchaus zufrieden sind. Zu ihnen gehören die Herren von der Regierung. In der Begründung der Militärvorlage bestätigen sie sich nämlich dankerfüllt, daß sie in den letztverflossenen Jahren eine „weise Politik" getrieben hätten. — Wenn das Bismarck noch erlebt hätte. —

Postscheckverkehr.

Zu den wenigen nützlichen Reformen, die in der Thronrede angekündigt waren, gehört die Einführung des Checkverkehrs bei der Reichspost. Die „Frankf. Ztg." erfährt über diese Neuerung: Der Postanweisungsverkehr hat einen so enormen Umfang angenommen, daß die Behörde, welche überhaupt nur einen Betriebsfonds von 20 Millionen besitzt, an einzelnen Tagen Mühe hat, die bedeutenden Baarbedürfnisse einzelner Postanstalten zu beschaffen. Durch die Einführung des Checkverkehrs soll die Lösung dieser Aufgaben erleichtert und zugleich dem Publikum eine weitere Verkehrserleichterung gewährt werden. Den Empfängern zahlreicher Postauszahlungen soll es gestattet sein, eine laufende Rechnung bei der Post zu nehmen und sich die täglichen Eingänge gutschreiben zu lassen. Ueber das Guthaben soll mittels Checks jederzeit verfügt werden können. Die Checks können selbverständlich zu auswärtigen Zahlungen benutzt werden. Die Guthaben der Rechnungsinhaber werden mit 1,2 pCt. jährlich, das ist 1/10 pCt. monatlich, verzinst. Außerdem erklärt das Reichspostamt sich bereit, Einzahlungen für sämmtliche Sparkassen Deutschlands an allen Poststellen anzunehmen. Diese Reformen sollen versuchsweise auf dem Verwaltungswege eingeführt werden.

Von anderer Seite werden über die geplante Neuerung noch die folgenden Mittheilungen gemacht:

Im Gebiet der Reichs-Postverwaltung sollen neun Postscheckämter errichtet werden; jedermann kann sich bei dem ihm zunächst liegenden ein Checkkonto eröffnen lassen und hat darauf eine unverzinsliche Stammeinlage von 200 Mark zu unterhalten. (In Oesterreich giebt es nur eine Check- und Ausgleichsstelle.) Mit seinem Postscheckamt setzt sich der Konto-Inhaber durch jede beliebige Postanstalt in Verbindung. Einzahlungen auf sein Konto kann er selbst und jeder dritte, der Geld an ihn zahlen will, bei jedem Postamte machen. Dies geschieht 1. mittels Zuschriftskarten, die der Konto-Inhaber gegen Entgelt geliefert bekommt, 2. durch Postanweisungen bez. Nachnahme-Postanweisungen und Auftrags-Postanweisungen, 3. durch Gutschriften im Ausgleichsverkehr. Die Auszahlungen geschehen gegen Checks, deren Formulare ebenfalls gekauft werden müssen. Der Ausgleichsverkehr dient dem Zahlungsausgleich der Konto-Inhaber unter einander, deren Namen oder Firmen aus einem im Abonnement ausgegebenen Verzeichnisse zu ersehen sind. Auch hier dient der Check zur Ueberweisung der Beträge von einem Konto auf das andere.

Gegen die Fleischtheuerung wird jetzt in vielen Gemeindevertretungen mobil gemacht. So wurde neuerdings im Würzburger Gemeindebevollmächtigten-Kollegium beantragt, beim Ministerium vorstellig zu werden, damit an der Landesgrenze große Schlachthäuser auf Staatskosten errichtet werden. Durch den direkten Fleischversandt von solchen Schlachthäusern aus sei es möglich, der Fleischvertheuerung entgegenzutreten, ohne daß eine Einschleppung von Viehseuchen zu befürchten sei. Es wurde beschlossen, den Magistrat zur Einleitung geeigneter Schritte zu ersuchen, damit das Ministerium die Errichtung solcher Schlachthäuser durch Privatunternehmer unterstütze. —

Vom Kleinkrieg gegen die Anarchisten. Wir hatten dieser Tage aus Halle berichtet, daß ein Gastwirth auf Polizeistunde gesetzt war, weil bei ihm „Anarchisten" verkehren sollten. Ueber diese Angelegenheit wird uns jetzt weiter berichtet:

Halle a. S., 6. Dezember. Eine Interpellation der sozialdemokratischen Stadtverordneten in der letzten Stadtverordneten-Sitzung wegen der Verhängung der vorzeitigen Polizeistunde über das Faulmann'sche Restaurant bezüglich der angeblichen anarchistischen Zusammenkünfte, wurde vom Oberbürgermeister Staude dahingehend beantwortet, er halte sich nicht verpflichtet und berechtigt, über diese „hochpolitische Angelegenheit" offen Rede und Antwort zu stehen.

„Anarchisten"-Razzia. Von den am Mittwoch in Hannover festgenommenen, angeblich anarchistischer Umtriebe verdächtigen Personen befinden sich zur Zeit noch vier in Haft. — Ob diese vier am Ende gar zu den Studenten des beschlagnahmten Fremdwörterbuchs gehört haben, entzieht sich unser Kenntniß. Dagegen verlautet, daß ihnen wegen Betheiligung an einer geheimen Verbindung der Prozeß gemacht werden soll. —

Staatsgefährliche Zentrums-Pfeifenköpfe. Ueber den Zigarrenladen des Genossen Eißnert in Offenbach ist, so schreibt unser dortiges Parteiblatt, das Militärverbot verhängt worden. Als Grund hat die Militärbehörde angegeben, daß in dem Zigarrenladen sozialdemokratische Tendenzen verfolgt würden. Diese sozialdemokratischen Tendenzen seien darin zum Ausdruck gekommen, daß einem Soldat ein Pfeifenkopf verkauft wurde, auf dem zwei verschlungene Hände über einer Erdkugel abgebildet sind. Darunter steht der Wahlspruch des Zentrums: „Für Freiheit, Wahrheit und Recht." Der betreffende Soldat hatte aber den Kopf weder wegen des Wahlspruchs, noch wegen der Hände gekauft, sondern weil er „schön bunt" war. — Ob man die Devise: Gegen Freiheit, Wahrheit und Recht minder staatsgefährlich gefunden hätte? —

Prügel-Sehnsucht. Die erste Dezember-Nummer des „Deutschen Adelsblattes" enthielt folgendes Inserat:

„Hübscher Knabe, 14jährig, aufs Wort gehorchend, welcher sich jeglicher Bedienung und Bedingung, auch körperlicher Bestrafung unterzieht, sucht zu Ostern Stellung als Page oder Diener. Reflektirende Herrschaften wollen Adresse eventuell mit Bedingungen unter . . . an das „Deutsche Adelsblatt" zur Weiterbeförderung senden."

Daß es Herrschaften giebt, die sich extra einen Pagen engagiren, um sich von ihm körperlich züchtigen zu lassen, klingt verwunderlich. Oder sollte der hübsche Knabe etwa die Ehre beanspruchen, von den Herrschaften geprügelt zu werden? Jedenfalls scheint man das Hauen in den Kreisen des „Adelsblattes" zu den unumgänglichen Bedingungen einer standesgemäßen Lebensführung zu halten. —

Ausweisungen. Aus Elsaß-Lothringen wurde ein sozialdemokratischer Arbeiter italienischer Staatsangehörigkeit ausgewiesen. — Die Anarchisten nennt man und die Sozialdemokratie meint man.

Die schweizerische Presse ist empört über die Ausweisung des Schweizer Theehändlers Gutknecht aus Straßburg. Der Winterthurer „Landbote" meint: „Das einfachste Mittel, um dieser deutschen Ausweisungswuth zu begegnen, Gegenrecht halten!" — Das Gegenmittel wäre freilich nicht minder verwerflich. —

Aus Elsaß-Lothringen, 6. Dezember. (Eig. Ber.) Wiederum ist von einer Ausweisung zu berichten. Dieselbe betrifft den italienischen Staatsangehörigen Maurer Bernardo Fratoddi aus Mandurcale, zur Zeit in Straßburg. Fratoddi ist, wie unser Partei-Organ versichert, Angehöriger der sozialdemokratischen Partei, aber keineswegs Anarchist. Es zeigt sich also auch hier, worauf die internationale „Entente" gegen den Anarchismus hinausläuft: auf die Vergewaltigung aller lästigen Oppositionselemente, vor allem der Sozialisten.

Das Ausstoßen „aufrührerischer Rufe" wird bekanntlich in Neu-Puttkamerun schwer gerochen. In Metz hatte ein Arbeiter Ludwig Bigorgne, wohnhaft in Aix (Frankreich), der wegen eines geringfügigen Vergehens in Polizeigewahrsam abgeführt werden sollte, mehrmals „Vive la France!" gerufen, offenbar um den Polizeibeamten zu ärgern. Nun hat er sein staatsgefährliches Beginnen mit zwei Monaten Gefängniß zu büßen.

Der Generalsekretär des Bisthums Straßburg, Senfenbrenner, erläßt im klerikalen Straßburger „Elsässer" eine „Warnung" an die Katholiken vor dem Lesen der Romane Zola's, die kürzlich anläßlich der Eröffnung eines großen Waarenhauses in Straßburg als Gratiszugabe an die Käufer vertheilt worden sind. Daß anderen Tags jeder das verbotene Zola-Geschenk haben wollte, braucht nicht erst gesagt zu werden. —

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Ein Düsseldorfer Schuhmacher, der über den Kaiser einige Bemerkungen sich erlaubt hatte, wurde der Staatsanwaltschaft denunzirt und von der Strafkammer zu **15 Monaten** Gefängniß verurtheilt!

Wegen Majestätsbeleidigung erhielt die unverehelichte Johanne Feuerhahn von der Strafkammer in Hannover zwei Monate Gefängniß zudiktirt.

Gegen den „Nürnberger Anzeiger" ist die Anklage wegen Majestätsbeleidigung, begangen durch den Abdruck des Artikels Pudel-Majestät aus Harden's „Zukunft", erhoben worden. Die betreffende Nummer des „Nürnberger Anzeiger" war seinerzeit beschlagnahmt worden. — In Berlin hat das Gericht gerade in diesem Artikel in dem zeitigen Verfahren gegen Harden eine Majestätsbeleidigung nicht erblicken können. Was ein Berliner Landgericht vermag, wird ein bayerisches Schwurgericht erst recht können! —

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Dezember. Im Ausgleichsausschuß beantragte Lecher, die Regierung möge im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung der Anregung der schweizerischen Bundesregierung auf Schaffung eines internationalen sozialstatistischen Dienstes baldigst nahetreten. Handelsminister Baron Dipauli erklärte, er stehe diesem Antrage sympathisch gegenüber. —

Budapest, 7. Dezember. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses nahm wiederum einen stürmischen Verlauf. In den Wandelgängen versicherten liberale Abgeordnete, das Kabinet werde bestimmt demissioniren, wenn die lex Tisza nicht mindestens die Unterschrift von 250 Abgeordneten erhalte. Bei Beginn der Sitzung wurde die Demission Szilagyis und Langs bekannt gemacht. Unter ungeheurem Lärm nahm das Haus den Antrag des Grafen Apponyi und Franz Kossuths an, wonach Szilagyi ersucht werden soll, seine Demission zurückzuziehen. Die Opposition wolle Szilagyi einen Fackelzug bringen. —

Schweiz.

Bern, 6. Dezember. (Eig. Ber.) Gestern ist hier die Bundesversammlung zur Wintersession zusammengetreten. Das Geschäftsverzeichniß derselben enthält u. a. die Wahl des Bundespräsidenten und Vizepräsidenten für 1899. Die Kranken-, Unfall- und Militärversicherung, das Budget für 1899 ꝛc. Die Versicherungsvorlagen figuriren wohl zum letzten Male im Geschäftsverzeichniß, da es sich nur noch um die redaktionelle Vereinigung des Gesetzestextes handelt. Erwähnenswerth ist ferner noch eine bundesräthliche Vorlage betreffend Gewerbezählung und Gewerbe-Enquete, die 1900 in Verbindung mit der eidgenössischen Volkszählung vorgenommen werden soll. Sie soll sich erstrecken auf die Hausindustrie, den Handel, das Gewerbe und die Landwirthschaft. —

Frankreich.

Paris, 6. Dezember. (Eig. Ber.) Zur sozialistischen Einigung.) Die unabhängigen Sozialisten haben bereits der Einladung des gemeinsamen Komitees der vier Landes-Organisationen folge geleistet. Sie haben unter sich eine allgemeine Organisation gegründet, die den Namen trägt: „Föderation der unabhängigen sozialistisch-revolutionären Gruppen". Das Programm der neuen Organisation, dessen Anerkennung von den beitretenden Gruppen gefordert wird, lautet wie folgt: „Vertheidigung der Republik gegen die Umtriebe der konservativen, klerikalen und militärischen Reaktion; soziale und demokratische Republik: direkte Volksgesetzgebung; Klassenkampf, Eroberung der öffentlichen Gewalt: internationales Einvernehmen der Arbeiter; Vergesellschaftlichung sämmtlicher Produktionsmittel und Kapitalien als das einzige Mittel zur Befreiung des Proletariats; Nothwendigkeit einer sozialen Revolution, auf die sich alle Sozialisten vorbereiten müssen, um so allen Eventualitäten gewachsen zu sein." Wie man sieht, hat in der Föderation der linke Flügel der Unabhängigen die Oberhand. Uebrigens ist aus dem veröffentlichten Sitzungsprotokoll nicht zu ersehen, ob und inwiefern die Vertreter der gemäßigten Richtung an der Initiativberathung betheiligt waren. Jedenfalls ist die Schwierigkeit, die sich aus dem unorganischen Zustand der Unabhängigen ergab, beseitigt. Das ist die Hauptsache. Das gemeinsame Einigungskomitee wird nunmehr alle sozialistischen Kräfte umfassen, selbst wenn einige rechtsstehende Persönlichkeiten der Föderation der Unabhängigen fernbleiben sollten. —

Die Kammer hat die Wahl des Meline'schen Kandidaten Bartissol von Narbonne für ungiltig erklärt. Die seinerzeit ernannte Untersuchungskommission hat die gräulichsten **Fälschungen** des Wahlresultats entdeckt. In Wirklichkeit wurde gewählt der Sozialist Ferroul mit einer Mehrheit von etwa 100 Stimmen. Dieses Ergebniß wurde derart von dem Wahlbureau unter Betheiligung des Bürgermeisters von Narbonne zu gunsten des Regierungskandidaten gefälscht. Daß die Regierungsbeamten mit dem Präfekten an der Spitze außerdem strafgesetzlich nicht zu ahndende, aber gleich verwerfliche Mogeleien verübten, versteht sich am Rande. Zu guterletzt versuchte der Meline'sche Klüngel von Narbonne die parlamentarische Untersuchungskommission durch einen gefälschten Brief des Staatsanwalts zu betrügen! . . . Die Kammer konnte nicht umhin, neben der Ungiltigkeitserklärung der Wahl die Auslieferung der Akten an die Staatsanwaltschaft zwecks Verfolgung der gesellschaftsretterischen Fälscher zu beschließen. — Es ist der zweite Geldsacks- und Regierungskandidat im gleichen Departement, dessen Wahl von der Kammer kassirt wird. Vor Bartissol wurde Turrel, der Meline'sche Minister der öffentlichen Arbeiten, kassirt. Ueberhaupt stehen im Departement Aude (Narbonne) und in den benachbarten südwestlichen Departements die Wahlfälschungen seit langen Jahren im Flor. Die Nachsicht der Kammermehrheit und die Lässigkeit der Klassenjustiz tragen daran die meiste Schuld. In derselben Stadt Narbonne wurde 1897 der Gemeinderath den Sozialisten entrissen auf dem bewährten Wege der Wahlfälschung. —

Friedenskommission. Bei Beginn der letzten Sitzung der Friedenskommission in Paris äußerte sich Montero Rios über den die Explosion der „Maine betreffenden Passus der Botschaft Mac Kinley's. Montero Rios legte Verwahrung ein gegen die gegen Spanien gerichteten Verdächtigungen, die in dem Augenblicke erfolgen, in welchem die Arbeiten der Friedenskommission sich ihrem Ende nähern, und zwar wahrscheinlich in der Absicht, für die Beraubungen, denen Spanien ausgesetzt gewesen, eine Erklärung zu geben und sie zu rechtfertigen. Montero Rios schlug am Schlusse seiner Ausführungen vor, einer internationalen Kommission die Aufgabe zu übertragen, die Ursachen der Explosion auf der „Maine" zu erforschen und festzustellen, wen die Verantwortung treffe. — Die amerikanischen Kommissare wiesen den Vorschlag einfach zurück. —

Dreyfus-Picquart. Der „Aurore" zufolge sagte General Gallifet vor dem Kassationshof über die glänzende Führung Picquart's aus sowie über die von dem General Davas nach der Degradation des Kapitäns Dreyfus gemachte Bemerkung: „Heute haben wir einen Unschuldigen degradirt."

Belgien.

Brüssel, 6. Dezember. Der Arbeitsminister beauftragte das „Office du travail" mit einer Enquete über die Lage der Arbeiter und ehemaligen Arbeiter von über 60 Jahren. Es handelt sich um das vorbereitende Studium für eine eventuelle Altersversicherung. —

Brüssel, 7. Dezember. Der Justizminister hat in der Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach das Absingen von unsittlichen Liedern im Beisein von Kindern unter 16 Jahren mit Gefängniß von 1 bis 3 Monaten oder mit Geldbuße von 100 bis 1000 M. bestraft wird. —

Klerikale Verfolgungssucht. Der bekannte Abbé Daens, der die von den Frommen des Landes geheuchelte Arbeiterfreundlichkeit ernst genommen und der als Deputirter (christlich-demokratisch) in Arbeiterfragen fast immer mit den Sozialdemokraten gestimmt hat, ist seit Jahren Gegenstand der schmählichsten Verfolgungen seitens der Klerikalen. Nachdem sie es durchgesetzt hatten, daß sein Vorgesetzter, der Bischof von Gent, ihm die Annahme eines neuen Mandats zur Deputirtenkammer verbot, haben sie ihm, wie der „Peuple" meldet, nun auch die Möglichkeit verschlossen, weiter als Priester wirken zu können. Daens, bedrängt und boykottirt von seinen Standes- und Klassengenossen, aber sehr geachtet von seinen ehemaligen Wählern, hat sein Amt niedergelegt und will nun mit vollem Eifer sich der Politik widmen. — Bei seiner Popularität und seinen Fähigkeiten dürfte der nun aller Fesseln ledige Geistliche seinen Verfolgern wahrscheinlich bei weitem unangenehmer werden, als ehedem. —

Dänemark.

Kopenhagen, 5. Dezember. (Eig. Ber.) Im dänischen Folkething wurde der zweite Antrag unserer Partei, die Schulspeisung armer Kinder, berathen. Unser Parteigenosse Christensen hatte das Referat. Hungernde Kinder können keine aufmerksamen Schüler sein. Die großen Aufwendungen, die für die Schulen gemacht werden, können daher nicht genügend Nutzen stiften. Er verwies auf andere Länder, in denen diese Schulkinderspeisung längst in großem Maßstabe durchgeführt sei. In Christiania z. B. giebt die Gemeinde jährlich 50 000 Kr. dafür aus. In Kopenhagen stehen bisher nur 20—30 000 Kronen zur Verfügung, was natürlich nicht ausreicht. In einigen anderen Orten hat man auch noch Einrichtungen der Art, aber nirgend genügende, in vielen gar keine. Es giebt im Lande 50 000 bedürftige Freischulkinder. Das würde eine Aufwendung von 800 000 Kr. erfordern, wovon 400 000 die Kommunen und ebensoviel der Staat aufbringen sollen. Für Kopenhagen beträgt die Ausgabe 60 000 Kr., für Landgemeinden wird sie 320 Kr. betragen. Der Antrag ist vorläufig einer Kommission überwiesen worden. —

Amerika.

Sieg der Sozialdemokratie in Amerika. New-York, 7. Dezember. (Kabeltelegramm des „Vorwärts".) Aus Haverhill, Staat Massachusetts, telegraphirt uns Debs: Hier erwählte die Sozialdemokratie den Bürgermeister, zwei Mitglieder der Legislatur und acht Mitglieder des Gemeinderaths.

Keine Kolonien. Der „Frankfurter Zeitung" wird aus New-York gemeldet: Senator Vest schlägt eine Resolution vor, in welcher erklärt wird, daß verfassungsgemäß die Union keine Kolonien haben könne. —

China.

Peking, 6. Dezember. (Reuter's Bureau.) Der französische Gesandte in Peking überreichte dem Tsung-li-Yamen ein Ultimatum, in welchem gedroht wird, daß, wenn der französische Missionar, der sich jetzt als Gefangener in den Händen der Rebellen von Sz'-tschwan befindet, nicht innerhalb zehn Tagen freigelassen würde, französische Truppen den Befehl erhalten würden, die Grenze zu überschreiten. —

Aus dem Reichsetat.

Das Reichs-Versicherungsamt.

wird 1899 nach dem Voranschlag der Regierung 1 651 055 Mark erfordern.

Mehrkosten verursachen zunächst die immer zahlreicher werdenden Rekurse. Man rechnet, daß 1899 nicht weniger als 16 800 Fälle zu erledigen sein werden. Dazu ist die Einrichtung eines 19. Sitzungstermins für Rekurssachen in der Woche und die Bildung einer neuen Spruchkammer erforderlich. Da die bisher als Vorsitzende in Rekurs- und Revisionssachen fungirenden Mitglieder zum Vorsitz in der neuen Kammer nicht mehr herangezogen werden können, so ist für einen neuen Vorsitzenden die Stelle eines Mitgliedes des Reichs-Versicherungsamtes mit dem höheren Gehaltssatz in Zugang gebracht worden. Für richterliche Beamte sind infolge dessen auch 4800 M. mehr wie 1897 eingestellt.

Weiter wird ein neues ständiges Mitglied mit geringerem Gehaltssatz in Vorschlag gebracht zur Erledigung der mit der chemischen Industrie und der Elektrotechnik in Beziehung stehenden technischen Arbeiten des Reichs-Versicherungsamts (Unfallverhütungsvorschriften, Tarifbeschwerden, Katasterentscheidungen) einen auf diesen Spezialgebieten vorgebildeten und erfahrenen Techniker in die Behörde zu berufen. „Für diesen — nach der Entwickelung der gewerblichen Verhältnisse dauernden — Zweck ist die Schaffung einer neuen Mitgliedsstelle um so dringender, als die jetzt vorhandenen beiden Techniker überwiegend in der Maschinenkunde und im Baufache vorgebildet sind und daher jene Gebiete nicht vollkommen beherrschen. Im übrigen würde das neue Mitglied, wie es schon jetzt mit den beiden vorhandenen Technikern geschieht, auch als Beisitzer zu solchen Rekursverhandlungen heranzuziehen sein, in denen die Entscheidung wesentlich auf der Klarstellung technischer Vorgänge beruht."

50 000 M. sind mehr eingesetzt „zur Annahme von Hilfskräften für eine nach erweiterten Gesichtspunkten umgestaltete ausgiebige Bearbeitung des bei den Berufsgenossenschaften und Invaliditätsversicherungs-Anstalten vorhandenen statistischen Materials." Die beigefügte Erläuterung bezeichnet mit recht die jährlich veröffentlichten Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften wie der Versicherungsanstalten als schwer benutzbar. „Um diesem Uebelstande abzuhelfen, und um für die im Flusse befindlichen gesetzgeberischen Fragen unmittelbar benutzbare statistische Angaben bereit zu haben, ist es erforderlich, eine eingehende, auf die gesammte Geltungsdauer der Gesetze sich zurückerstreckende tabellarische und textliche Bearbeitung des statistischen Gehalts der Rechnungsergebnisse in die Wege zu leiten. Die Bearbeitung des vorhandenen Materials ist aber für die zu erreichenden Zwecke nicht ausreichend. Sowohl für Fragen der Gesetzgebung (Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk, Kleingewerbe 2c., Beschränkung der Rechtsmittel auf höhere Grade der Erwerbsunfähigkeit 2c.), als auch für Zwecke der Verwaltung (Verbesserung der Gefahrentarife, Unfallverhütung gegen bestimmte Unfallarten, welche die Berufsgenossenschaften finanziell in besonderem Maße belasten) sind zuverlässige Angaben auf hinreichend breiter Unterlage, insbesondere darüber von hohem Werthe, in welchem Maße die einzelnen Arten der Unfälle nach ihren Ursachen und Folgen, namentlich nach dem Grade der eingetretenen Erwerbsunfähigkeit die Berufsgenossenschaften belasten. Um solche Nachweise zu gewinnen, reicht das bisherige Verfahren, bei welchem die von jeder Berufsgenossenschaft bearbeiteten statistischen Zusammenstellungen dem Reichs-Versicherungsamt eingereicht werden, nicht aus."

Die Kosten für Beweiserhebungen (Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren, auch für ärztliche Sachverständige) sind von 38 000 M. in 1898 auf 50 000 M. in 1899 erhöht, ähnlich die Reisekosten für nichtständige Mitglieder und ihre Stellvertreter von 52 000 auf 67 000 M.

Der Zuschuß des Reiches zur Invaliditäts- und Altersversicherung.

Das Reich legt bekanntlich zu jeder Rente 50 M. jährlich zu — wird für 1899 auf 26 085 000 M. geschätzt. Nach den Mittheilungen der Versicherungsanstalten und Kasseneinrichtungen über Rentenbewilligungen und Rentenwegfälle ist anzunehmen, daß am 1. Januar 1899 ein Bestand von rund 448 000 Invaliden- und Altersrenten vorhanden sein wird. Der Zugang im Jahre 1899 wird auf etwa 98 000, der Abgang auf etwa 62 000 Invaliden- und Altersrenten geschätzt werden dürfen. Dies ergiebt, unter Berücksichtigung der Renten, welche nicht über das ganze Jahr sich erstrecken, 26 044 000 M. Für die Belastung des Reichs aus Rentenantheilen für militärische Dienstleistungen (§§ 28, 89 des Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetzes) ist mit Rücksicht auf die bisher recht erhebliche Steigerung dieser Ausgaben die Einstellung eines Betrages von 40 000 M. für nothwendig erachtet worden, während die Ausgaben des Reiches für Beitragserstattungen (§§ 30, 31 a. a. O.) auch weiterhin mit 1000 M. ausreichend hoch geschätzt sein dürften. Die Belastung des Reiches im Jahre 1899 berechnet sich sonach im ganzen auf 26 044 000 + 40 000 + 1000 = 26 085 000 M.

Parlamentarisches.

Nachstehend geben wir einige Mittheilungen über den Lebenslauf des neugewählten Reichstags-Präsidenten.

Graf Franz v. Ballestrem auf Schloß Plawniowitz, Majoratsbesitzer und Major a. D., ist am 5. September 1834 geboren. Er studirte von 1853—55 auf der Lütticher Universität, trat im Oktober des letzteren Jahres in das preußische Heer ein und kam 1857 als Sekondelieutenant in das Leib-Kürassier-Regiment Nr. 1. Nachdem er den Feldzug von 1866 mitgemacht, wurde er 1867 Rittmeister und war 1870/71 in Frankreich als erster Adjutant zur 2. Kavalleriedivision kommandirt. Durch einen Sturz mit dem Pferde Ganzinvalide geworden, erhielt Graf Ballestrem im Dezember 1871 den Abschied mit Pension. Von 1872 bis 1893 war er Mitglied, von 1890 ab erster Vizepräsident des Reichstags, hatte aber der letzten Legislative nicht mehr angehört; in den preußischen Landtag trat er 1891 ein. Graf Ballestrem ist ferner Mitglied der Kreistage von Tost-Gleiwitz und Beuthen, Ehrenbailli und Großkreuz des Malteser-Ordens sowie Geheimkämmerer des Papstes.

In der lippe'schen Angelegenheit haben, nach der „Freis. Ztg.", die Freisinnige Volkspartei und die Deutsche Volkspartei beschlossen, den nachstehenden Antrag im Reichstag einzubringen: „Der Reichstag wolle beschließen, die Erwartung auszusprechen, daß der Bundesrath, entsprechend seiner nach Artikel 76 der Reichsverfassung begrenzten Zuständigkeit, sich jeder Einmischung enthalten werde in die selbständige Regelung der Thronfolge, wie sie der Gesetzgebung des Fürstenthums Lippe ebenso wie der Landesgesetzgebung aller anderen Bundesstaaten zukommt." Außer diesem Antrag hat die Freisinnige Volkspartei in Verbindung mit der Deutschen Volkspartei drei Initiativ-Anträge eingebracht. Sie betreffen die Aufhebung des Zeugnißzwanges und des fliegenden Gerichtsstandes für die Presse im Strafprozeßverfahren und die Abänderung des Paragraphen gegen den groben Unfug im Strafgesetzbuch. Dieser soll danach die folgende Fassung erhalten: „Wer durch Erzeugung von Lärm oder ähnlichen unmittelbar in die Sinne fallenden Handlungen die öffentliche Ruhe in ungebührlicher Weise stört" u. s. w.

Die Fraktion der Freisinnigen Volkspartei tagte am Montag Abend zusammen mit der Fraktion der Deutschen Volkspartei. Der Vorsitz in der Fraktion wurde den Abgg. Schmidt-Elberfeld, Richter und Dr. Müller-Sagan übertragen.

Der Vorstand der nationalliberalen Fraktion des Reichstages besteht aus den Abgg. Bassermann, Dr. Blankenhorn, Büsing, Dr. Deinhardt, Dr. Hasse, Frhr. v. Heyl, Möller, Dr. Paasche und Dr. Sattler. In der ersten Sitzung der Fraktion wurden zwei Initiativanträge beschlossen. Der erste, ein Antrag des Abg. Freiherrn v. Heyl, lautet: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf grund der Artikel 4 und 9 der Reichsverfassung eine Reichskommission einzusetzen, die den Zustand der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen, und zwar mit Rücksicht auf die gesundheitlichen Verhältnisse der angrenzenden Städte und Orte und der Schiffer, sowie mit Rücksicht auf die Fischzucht zu beaufsichtigen hätte. Der zweite, ein Antrag des Abg. Bassermann, lautet: „Inländische Vereine jeder Art dürfen miteinander in Verbindung treten. Entgegengesetzte landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben."

Nach der Geschäftsordnung des Reichstags müssen alle Wahlanfechtungen binnen 10 Tagen nach der Eröffnung des Reichstags bei dem Bureau des Reichstags eingehen.

Die Freisinnige Vereinigung wird beim Reichstage den Antrag Rickert auf Einführung von Wahlkouverts zum Schutze des Wahlgeheimnisses von neuem einbringen. Ein zweiter Antrag wird von den Abgg. Dr. Pachnicke und Rösicke eingebracht und lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß ein Reichs-Arbeitsamt errichtet werde, welchem die Untersuchung und Feststellung der Arbeitsverhältnisse im Deutschen Reiche unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt."

Die Zentrumspartei beabsichtigt, im Sinne der früheren Reichstagsbeschlüsse neue Anträge wegen des Vereinsgesetzes, der Reichstags-Diäten und des Jesuitengesetzes zu stellen.

Der „Kuryer" erfährt aus glaubwürdiger Quelle, daß ein polnischer Reichstags-Abgeordneter gleich nach der Konstituirung der Fraktion eine Interpellation beantragen werde: welche Schritte der Herr Reichskanzler angesichts der Thatsache beabsichtige, daß ein preußischer Minister Verordnungen erlasse (betreffend die Schreibweise polnischer Familiennamen auf dem Standesamt), welche den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches zuwiderlaufen. —

Partei-Nachrichten.

„War Friedrich Engels milizgläubisch?"

Unter diesem Titel bringen die „Sozialistischen Monatshefte" einen Artikel, dessen unter dem Pseudonym „Jsegrim" auftretender Verfasser nachzuweisen sucht, daß sich Friedrich Engels die in unserm Programm geforderte „Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit" ganz anders dachte, als im allgemeinen in der Partei üblich ist.

„Friedrich Engels" — schreibt „Jsegrim" — hat „für die Gegenwart nie recht an die Ueberlegenheit des Milizsystems geglaubt, obwohl er das heutige System schließlich aus seiner eigenen innern Bewegung im wirklichen Volksheer enden sah — was doch gegen die übliche Milizvorstellung einen ebenso fundamentalen Unterschied bedeutet, wie wenn man einerseits glaubt, der Kapitalismus werde durch sein eigenes Fortschreiten schließlich eine genossenschaftliche Gesammtproduktion erzeugen, in diese hineinwachsen, oder andererseits: man müsse dem heutigen Kapitalismus genossenschaftliche Betriebe entgegenstellen, die ihn durch ihre Ueberlegenheit heute schon schlagen und ersetzen sollen. Ich gebe zu", daß Engels' Aeußerungen über die Entwickelung des Militarismus nicht immer ganz einheitlich lauten. Mitunter macht sich die alte kleinbürgerlich-demokratische Tradition der vierziger Jahre stark geltend. Meist jedoch überwiegt die immer mehr vertiefte Anschauung, daß nicht eine neue Grundlage der Heeresverfassung im spekulativen Kopfe auszuhecken und der allerdings unschönen und widerspruchsvollen Wirklichkeit entgegenzustellen ist, sondern daß die Erweiterung und Fortbildung der Grundlagen des heutigen Armeesystems gleichbedeutend ist mit einer vollständigen Umwälzung aller bestehenden Machtverhältnisse. Die quantitative Erweiterung wird mit der Zeit zu einem qualitativen Umschlag."

Zum Beweise seiner Behauptungen verweist „Jsegrim" darauf, daß Engels in den sechziger Jahren offen anerkannt habe, daß die damalige Vermehrung der Bataillone, Schwadronen und Batterien „sicher nicht zu hoch gegriffen" gewesen sei, sondern nur der Vermehrung der Bevölkerung Preußens (die in der Zeit von 1815 bis 1861 etwa um das doppelte gewachsen sei) entsprochen habe.

Weiter führt „Jsegrim" an, daß Engels im Jahre **1865** nicht die Miliz, sondern die zweijährige Dienstzeit verlangt und dabei sogar rückhaltlos zugestanden habe, daß ein längerer Dienst manche Vortheile gewähre. Zwei Jahre Dienstzeit habe Engels für die Infanterie als vollständig ausreichend erklärt, dagegen von den übrigen Heereskategorien gesagt: „Was die Kavallerie betrifft, so braucht eine geborene Reiterei nur kurze, eine erzogene dagegen unbedingt lange Dienstzeit. Wir haben wenig geborene Reiterei und brauchen daher die vierjährige Dienstzeit des Reorganisationsplanes sicher . . . Die Leute müssen wissen, daß sie sich auf einander und auf ihre Führer verlassen können. Dazu gehört lange Dienstzeit . . . Die reitende Artillerie wird die Dienstzeit der Kavallerie nöthig haben."

Engels sei damals sogar noch weiter gegangen, indem er sagte: „Solange man die französische Armee auf der einen, die russische auf der anderen Seite hat, und die Möglichkeit eines kombinirten Angriffs beider zu gleicher Zeit, braucht man Truppen, die die ersten Elemente der Kriegsschule nicht erst vor dem Feinde zu lernen haben . . . . . Wir sind sogar der Meinung, daß ein Staat wie Preußen den größten Bock begehen würde — sei an der Regierung, welche Partei da wolle — wenn er die normale Dienstzeit augenblicklich noch mehr verkürzte."

Allzu sehr — fährt „Jsegrim" fort — habe Engels diese Anschauungen auch später nicht geändert. 1870 habe er als Berichterstatter über den deutsch-französischen Krieg für die englische Zeitung „Pall Mall Gazette" allerdings einmal von 18 Monaten als vielleicht möglicher Dienstzeit-Verkürzung gesprochen, indeß sei ihm selbst damals eine längere Dienstzeit durchaus diskutabel geblieben, indem er schrieb: „Die Länge der Dienstzeit tritt für uns mehr in den Hintergrund; Hauptsache ist, daß das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht streng durchgeführt wird."

„Jsegrim" schaltet hier hinter dem Worte „streng" ein: „strenger als damals in Preußen mit seiner doch auch schon recht stattlichen Rekrutenzahl".

Weiter beruft sich „Jsegrim" auf eine Artikelserie, die Engels im Jahre **1893** unter der Ueberschrift „Kann Europa abrüsten?" im „Vorwärts" veröffentlicht hat. Engels sagte da:

„Nun besteht gerade die moderne, die revolutionäre Seite des preußischen Wehrsystems in der Forderung, die Kraft jedes wehrfähigen Mannes für die ganze Dauer seines wehrfähigen Alters in den Dienst der nationalen Vertheidigung zu stellen. Und das einzig Revolutionäre, das in der ganzen militärischen Entwickelung seit 1870 zu entdecken ist, liegt eben darin, daß man — oft genug wider Willen — sich genöthigt gesehen hat, diese bisher nur in der chauvinistischen Phantasie erfüllte Forderung mehr und mehr wirklich durchzuführen. Weder an der Länge der Dienstverpflichtung noch an der Einstellung aller wehrfähigen jungen Leute kann heute noch gerüttelt werden, am wenigsten von Deutschland, am allerwenigsten von der sozialdemokratischen Partei, die im Gegentheil auch diese Forderung vollauf in die Praxis zu übersetzen in Deutschland allein im stande ist.

Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das Bedürfniß nach Abrüstung den Hebel ansetzen kann: die Länge der Dienstzeit bei der Fahne. Und hier liegt in der That der Punkt des Archimedes: Internationale Festsetzung zwischen den Großmächten des Kontinents, des Maximums der aktiven Dienstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen, meinetwegen zuerst auf zwei Jahre, aber mit dem Vorbehalt sofortiger weiterer Herabsetzung, sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt, und mit dem Milizsystem als Endziel."

„Jsegrim" meint, hier sei das Milizsystem nur „flüchtig daneben genannt."

In der Vorrede zu dieser später als Broschüre herausgegebenen Artikelserie sagt aber Engels: „Ich gehe darin von der Voraussetzung aus, die sich mehr und mehr allgemeine Anerkennung erobert: daß das System der stehenden Heere in ganz Europa auf die Spitze getrieben ist in einem Grade, wo es entweder die Völker durch die Militärlast ökonomisch ruiniren oder in einen allgemeinen Vernichtungskrieg ausarten muß, es sei denn, die stehenden Heere werden rechtzeitig umgewandelt in eine auf allgemeiner Volksbewaffnung beruhende Miliz . . . Die allmälige Herabsetzung der Dienstzeit durch internationalen Vertrag, die den Kernpunkt meiner Darstellung bildet, halte ich überhaupt für den einfachsten und kürzesten Weg, um den allgemeinen Uebergang vom stehenden Heer zu der als Miliz organisirten Volksbewaffnung zu vermitteln . . . Indem ich die gymnastische und militärische Ausbildung der gesammten männlichen Jugend zu einer wesentlichen Bedingung des Uebergangs zum neuen System mache, schließe ich die Verwechselung des hier vorgeschlagenen Milizsystems mit irgend welcher jetzt bestehenden Miliz, zum Beispiel der schweizerischen, ausdrücklich aus."

Zum Schluß zitirt „Jsegrim" aus einem Briefe, den Engels im März **1895** kurz vor seinem Tode an Kautsky geschrieben und den dieser in der „Neuen Zeit" veröffentlicht hat, folgende „charakteristische" Stelle:

„Ueber Miliz und stehendes Heer ließe sich ein langes und breites schreiben. Wenn Frankreich und Deutschland übereinkämen, ihre Armeen allmälig in Milizheere mit gleich langer Uebungszeit zu verwandeln, so wäre die Sache fertig. Rußland kann man machen lassen, was es will, und Oesterreich und Italien folgen mit Wollust. Aber wegen der inneren Verhältnisse können Frankreich und Deutschland sich das nicht leisten, und wenn sie es könnten, so geht's wegen Elsaß-Lothringen nicht. Und daran scheitert die ganze Milizgeschichte."

„Das ist", so schließt „Jsegrim" seinen Artikel, „wohl die bündigste Ablehnung, die man sich denken kann, und sie ist nicht einmal der Form nach eine höfliche Verneigung, wie man sie doch guten alten kleinbürgerlich-demokratischen Idealen sonst gern erweist. . . . Auch für die Partei wird es schließlich wie im „Siegfried" heißen: „Fort mit dem Brei, ich brauch ihn nicht. Aus Pappe schmied' ich kein Schwert!"

* * *

Was hat nun „Jsegrim" mit seinem Artikel gegen das Milizsystem bewiesen? Unseres Erachtens gar nichts.

In der „Neuen Zeit" erwidert Karl Kautsky auf „Jsegrim's" Artikel, unter Beziehung auf die Broschüre, die Engels im Jahre 1865 veröffentlichte, daß es sich damals nicht um die Frage: „Miliz oder stehendes Heer?", sondern um die Fragen handelte: Zweijährige oder dreijährige Dienstzeit? und: Allgemeine Wehrpflicht oder Konskription? Kautsky sagt:

„Da trat Engels für die allgemeine Wehrpflicht ein und erklärte, die zweijährige Dienstzeit genüge selbst vom Standpunkt des bestehenden Systems, die dreijährige sei überflüssig. Es fiel ihm aber nirgends ein, die zweijährige Dienstzeit als Minimum der Dienstzeit zu verlangen Leuten gegenüber, die eine weitere Abkürzung forderten. Jenes heiße Verlangen, dem herrschenden Regime neue Machtmittel zu bewilligen, das unser nationalgesinnter Wehrwolf empfindet, war ihm fremd: „Die Frage, wie viel Soldaten der preußische Staat braucht, um als Großmacht fortzuvegetiren, ist dem deutschen Proletariat gleichgiltig. . . . Die mehr und mehr konsequente Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht ist der einzige Punkt, der die Arbeiterklasse Deutschlands an der preußischen Armee-Reorganisation interessirt" (S. 38/39).

„Von einem Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit also keine Spur. Er zog sie der dreijährigen vor, meinte aber selbst vom Standpunkt des bestehenden Systems: „Man könnte . . . einen Theil der Leute schon nach einem bis eineinhalb Jahren entlassen. Eine solche frühere Entlassung als Prämie für Diensteifer würde der ganzen Armee mehr nützen als sechs Monate längere Dienstzeit" (S. 15).

Kautsky weist dann nach, daß „Jsegrim" beim Zitiren nichts weniger als einwandsfrei verfuhr. In der Engels'schen Broschüre aus dem Jahre 1865 ist am Schluß der Stelle, die davon handelt, daß Preußen den größten Bock begehen würde, wenn es die normale Dienstzeit augenblicklich noch mehr verkürzte, gesagt: „Wir nehmen daher keinerlei Rücksicht auf die Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit; wie man sich die Sache vorstellt, ist sie heute für ein Land mit 18 Millionen Einwohnern (denen 35 Millionen Franzosen, 34 Millionen Oesterreicher und 60 Millionen Russen gegenüberstanden. Red.) und sehr exponirten Grenzen unmöglich und selbst für andere Verhältnisse nicht in dieser Weise möglich."

Diesen Schlußsatz hat „Jsegrim" nicht zitirt.

Kautsky bemerkt dazu: „Sehr begreiflicherweise, denn dieser Satz wirft das Gebäude um, das er aus den zerstreuten Zitaten so mühsam zusammengeleimt hat. Der Schlußsatz sagt offenbar, daß Engels sich nicht gegen die „Phantasien" von einem Milizheer überhaupt wendet, sondern nur gegen die Phantasien einer Miliz ohne ausgebildete Soldaten, daß Engels meint, die Milizgeschichte müsse in anderer Weise angepackt werden. Indem „Jsegrim" diesen Satz unterschlägt, gelingt es ihm, Engels, den Vertheidiger des Milizsystems, als dessen Gegner erscheinen zu lassen — ein Vorgehen, das weniger an Jsegrim als an Reinele Fuchs gemahnt, dessen hervorstechendste Tugend Ehrlichkeit bekanntlich nicht war.

„Hier sind wir zum Kernpunkt der ganzen Frage gelangt. „Jsegrim" thut so, als wäre das Milizsystem gleichbedeutend mit Beseitigung jeder Ausbildung des Soldaten. Engels bezieht sich auf „Phantasien von einem Milizheer mit sozusagen gar keiner Dienstzeit". „Jsegrim" wiederholt triumphirend: „Phantasien von einem Milizheer!" und er spricht von der „neuen Auflage des alten Bürgergardisten-Ideals".

„In Wirklichkeit ist der Unterschied zwischen einem Berufssoldaten und einem Milizsoldaten nicht der zwischen einem ausgebildeten und einem nicht ausgebildeten Soldaten, sondern er liegt darin, wann und wo die Ausbildung stattfindet. Hier der Soldat, der für Jahre in die Kaserne eingeschlossen, vom Volke abgelöst, ihm als Mitglied einer besonderen, erhabenen und grundsätzlichen Kaste gegenübergestellt wird, als willenlose Maschine, der man zumuthen darf, auf Vater und Mutter zu schießen; dort der Soldat, dessen Ausbildung in einer Weise geschieht, daß sie ihn nicht vom Volke trennt, nicht seinem Beruf entfremdet, daß sie ihm nie das Bewußtsein seiner staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte raubt.

„Der Uebergang vom stehenden Heere zum Milizheer besteht also nicht darin, daß man einfach „sozusagen gar keine Dienstzeit" einführt; sie erfordert die Ersetzung der langen Dienstzeit in der Kaserne durch andere Mittel der Ausbildung des Soldaten, vor allem durch militärische Ausbildung der Jugend.

„Das betont Engels schon in seiner Broschüre über die preußische Militärreorganisation. Er hält es für möglich, einen Theil der Leute schon nach einem Jahre zu entlassen (S. 15). Dagegen betont er, daß „als ein Aequivalent der verkürzten Dienstzeit, und als das Wesentlichste, eine bessere körperliche Erziehung der Jugend anzusehen ist . . . Man setze in jeden Kreis mindestens einen ausgedienten Unteroffizier hin, der sich zum Turnlehrer qualifizirt, und gebe ihm die Leitung des Unterrichts im Turnen; man sorge dafür, daß mit der Zeit der Schuljugend das Marschiren in Reih und Glied, die Bewegungen eines Zuges und einer Kompagnie, die Vertrautheit mit den betreffenden Kommandos beigebracht werden. In sechs bis acht Jahren wird man reichlich dafür bezahlt werden und — mehr und stärkere Rekruten haben."

„Genau den gleichen Vorschlag, ja fast mit den gleichen Worten, macht Engels in seiner Broschüre „Kann Europa abrüsten", und bezeichnet ihn als Vorbedingung des Milizsystems. Dieses aber fängt für ihn an bei der einjährigen Dienstpflicht: „Ich habe nachzuweisen versucht, daß die zweijährige Dienstzeit schon jetzt für alle Waffengattungen durchführbar ist . . . ich habe aber gleich von vornherein gesagt, daß es nicht bei den zwei Jahren bleiben soll. Es handelt sich vielmehr darum, daß der Antrag auf internationale zweijährige Dienstzeit nun der erste Schritt sein soll zu einer allmäligen weiteren Herabsetzung der Dienstzeit — sage zunächst auf achtzehn Monate, zwei Sommer und einen Winter — dann ein Jahr — dann . . .? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist." Das ist derselbe Standpunkt, den Engels 1865 einnahm. Wenn Jsegrim sagt:

> „Ich gebe zu, daß Engels' Aeußerungen über die Entwickelung des Militarismus nicht immer ganz einheitlich lauten. Mitunter macht sich die alte kleinbürgerlich-demokratische Tradition der vierziger Jahre stark geltend",

so beweist dieser Satz nur die Vorsicht unseres Biedermannes, der sich wohl bewußt ist, wie viele Stellen in den Engels'schen Schriften gegen ihn sprechen und sich daher den Rücken decken möchte. In Wirklichkeit aber war die Auffassung von Engels eine tiefdurchdachte und einheitliche. Den Mangel an Einheitlichkeit schafft erst die Jsegrim'sche Auslegung, für den um jeden Preis das „alte kleinbürgerlich-demokratische Ideal des Bürgergardisten der vierziger Jahre" der Typus des Milizsoldaten sein muß. Spricht sich Engels für die Nothwendigkeit militärischer Ausbildung aus, dann findet „Jsegrim", der Berufssoldat sei sein Ideal; spricht sich Engels unzweideutig

für das Milizsystem aus, dann muß der Bürgergardist sein Ideal sein; kurz, um Engels für sich ausbeuten zu können, muß „Isegrim" ihn zu einem haltlosen Schwätzer stempeln, der zwischen den größten Extremen hin und her schwankt. Hätte „Isegrim" darin recht, dann verdiente Engels' Stimme überhaupt keine Beachtung in dieser Frage.

„Der wirkliche Standpunkt von Engels, der weder der des Bürgergardisten, noch der des Berufssoldaten ist, stimmt aber vollkommen mit demjenigen, den unsere Partei vertritt, soweit er in den Reden und Schriften unserer hervorragendsten Parlamentarier zu tage getreten ist. Von einer sofortigen Aufhebung jeglicher Dienstzeit war in unserer Partei nie die Rede; was verlangt wurde, war, entsprechend dem Engels'schen Vorschlag, nach Durchführung der zweijährigen Dienstzeit die einjährige, wie sie die Einjährig-Freiwilligen schon haben, die in einem Jahre sogar zu Lieutenants werden können. Auch die Schrift Bebel's: „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr", spricht nirgends von einer Aufhebung, sondern von einer Verkürzung der Dienstzeit mit gleichzeitiger Einführung militärischer Jugenderziehung. Sie steht auf dem gleichen Boden wie die vor fünf Jahren erschienene Engels'sche Schrift.

Wo sind also die „Bürgergardisten-Ideale" der „milizgläubigen Wasserheiligen" in unserer Partei zu finden?

Sie sind zu finden in den Schriften und Reden der verbissensten und tückischsten unserer Gegner. Diese sind es, die die Auffassung unserer Partei vom Milizwesen fälschen, um sie leichter bekämpfen zu können. „Isegrim", der „jahrelang alle militärpolitischen Ausführungen aus Parteikreisen aufmerksam verfolgt hat", er übernimmt leichten Herzens diese Fälschung und ergänzt sie durch die Fälschung unseres Friedrich Engels.

Und welches ist der edle Zweck, der diese sauberen Mittel heiligen soll?

Ist die Frage, ob Milizheer oder Berufsheer, wirklich nur eine solche, die uns nicht mehr angeht als der Vegetarismus und die Kneippkur, und die wir den Fachleuten überlassen sollen? Aber warum dann die Verbissenheit und der Fanatismus unserer Gegner in dieser Frage?

Sie wissen sehr wohl, worum es sich handelt. Bei dem heutigen Stande der Kriegstechnik steht die Masse des Volkes einem gegen sie aufmarschirenden Heere wehrlos gegenüber. Mehr als je ist heute der Herr des Heeres der Herr des Staates. Selbst die demokratischen Formen schützen dagegen nicht, wie die Rolle des französischen Generalstabes beweist, der die bürgerliche Freiheit mit Füßen tritt, wo es ihm paßt. Und doch hat er kein politisches Haupt. Ganz anders noch ist die politische Bedeutung der Armee in einer Militärmonarchie. Berufsarmee und Demokratie sind heute zwei Begriffe, die sich ausschließen; die Demokratie ist nur sicher unter dem Milizsystem. Die Frage des Milizsystems ist eine Frage der Demokratie, nicht blos der „kleinbürgerlichen Demokratie der vierziger Jahre", sondern weit mehr noch der proletarischen Demokratie von heute, denn das Proletariat besitzt nicht, wie die Bourgeoisie, die Mittel, der Militärmonarchie politische Rechte abzukaufen.

Die Frage des Milizsystems ist auch eine Frage der Kultur, denn die Kaserne verroht den Soldaten, vermindert seine Tüchtigkeit im bürgerlichen Beruf; das stehende Heer ist eine ständige Kriegsgefahr, ein ständiger Anreiz zur Vermehrung der Rüstungen, unter denen die Völker Europa's erliegen.

Und das alles sollen Fragen sein, die nur die Berufsoffiziere angehen, und wer sich dabei auf Seite der Miliz, der Demokratie, der Kultur stellt, der ist für „Isegrim" eine komische Figur.

Wir sagen umgekehrt, die Frage des Milizheers ist für jeden demokratischen Politiker des europäischen Festlands eine der wichtigsten aktuellen Fragen geworden. Wer heute dem Berufssoldatenthum Hilfe gewährt, und sei es auch nur moralische, durch Zustimmung, der ist ein Feind der Demokratie, ein Feind des Proletariats."

Soweit Kautsky.

Das „Volksblatt für Halle" wendet sich ebenfalls äußerst scharf gegen „Isegrim". Es schreibt u. a.: „Was der Verfasser mit seinem Aufsatz und vor allem mit dem originell sein sollenden Schluß (Fort mit dem Brei 2c.) will, ist nicht recht klar. Ganz abgesehen davon, daß er gegen Phantome kämpft, hat er Beweise für seine Behauptungen nicht erbracht. Bebel hat in den letzten Monaten eine ausgezeichnete Schrift gegen den Militarismus und für das Milizsystem geschrieben, worin er die Möglichkeit des letzteren in der Gegenwart nachweist. Natürlich will er nicht sofort den Sprung von dem heutigen System zu dem Milizsystem machen; er denkt sich, wie die Sozialdemokratie in ihrer allgemeinen Auffassung überhaupt, die Einführung des letzteren durch Erziehung der Jugend zur Volkswehr und durch progressive Herabsetzung der Dienstzeit. Der General von Boguslawski hat als „militärischer Fachmann" eine Gegenschrift erscheinen lassen, die Bebel ganz ausgezeichnet widerlegt hat. Herr von Boguslawski wird nicht verfehlen, den Sozialdemokraten Isegrim als Kronzeugen anzurufen. Das bleibe ihm unbenommen, nur dagegen glauben wir protestiren zu müssen, daß Engels als Kronzeuge gegen Bebel und gegen die Sozialdemokratie ins Feld geführt wird. Von „Isegrim" muß erwartet werden, daß er seine Ansichten unter seinem wahren Namen vertritt. Entschließt er sich nicht selbst dazu, dann müßte ihm das Wolfsfell von anderer Seite abgezogen werden; denn es darf nicht geduldet werden, daß ein so bekannter Parteigenosse wie er unter einem Pseudonym Kuckuckseier in das Parteinest legt."

Sieg der Sozialdemokratie in Breslau. Wie uns eine Privatdepesche meldet, wurden bei der Nachwahl zur Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch zum erstenmale in Breslau zwei Sozialdemokraten gewählt, nämlich der Verleger Schütz und der Redakteur Bruhns von der „Volkswacht". Die Wahlbetheiligung war außergewöhnlich stark. Die Gewählten erhielten 620 gegen 506 bürgerliche Stimmen.

Aus Erfurt wird uns geschrieben: Ein hiesiges bürgerliches Blatt, das den Ausgewiesenen Hafert schon neulich in gehässiger Weise als ein „vielfach vorbestraftes", gefährliches Individuum hinstellte, verbreitet jetzt die Nachricht, Hafert habe deshalb vom Ministerium Aufschub erhalten, weil er versprochen habe, „sich fernerhin nicht mehr am agitatorischen Leben betheiligen zu wollen." Leider ist diese für den Genossen Hafert sehr beleidigende Notiz auch der „Leipz. Volksztg." berichtet worden, von wo sie vielleicht weitere Verbreitung findet. Es sei deshalb hierdurch festgestellt — und zwar beruht diese Feststellung auf eigene Aussage Hafert's — daß sein ganzer Verkehr mit dem preußischen Ministerium des Innern sich auf die vom „Vorwärts" früher bereits erwähnte Depesche beschränkt, in der im kürzesten Telegrammstil um 8 Tage Aufschub gebeten wurde mit der Begründung, daß Hafert's Frau erst vor drei Wochen niedergekommen sei. Es scheint demnach, als ob das Ministerium auch acht Tage für nicht genügend gehalten hat, um die Wöchnerin für die plötzliche gewaltsame Uebersiedelung im kalten Winter zu festigen. Daß Hafert überhaupt verheirathet war, hat man auf dem hiesigen Regierungspräsidium garnicht einmal gewußt.

Von der Redaktion des Züricher „Volksrechts" ist neben dem Parteigenossen Brandt nun auch noch der Parteigenosse Robert Seidel zurückgetreten. Die Preß-Union hat in ihrer Generalversammlung seine Demission genehmigt.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Wegen Beleidigung des Direktoriums der Königs- und Laurahütte wurde der verantwortliche Redakteur der Breslauer „Volkswacht", Genosse Bruhns, zu 400 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Die Verhaftung des Redakteurs Herzberg von der Mannheimer „Volksstimme" ist wegen eines in deren Sonnabend-Nummer veröffentlichten derben Artikels gegen den Kommerzienrath Scipio erfolgt, welcher Herr im badischen Landwirthschaftsrathe als Vertreter des Kreises Mannheim über die Fleischnoth unrichtige Aufstellungen gemacht hatte, unter der die arbeitende Bevölkerung Mannheims leidet. Von Karlsruhe aus wurde telegraphisch die strafrechtliche Verfolgung des Artikels veranlaßt. Am Montag erschienen 4 Kriminalbeamte in dem Bureau der „Volksstimme" und nahmen eine Haussuchung in den Redaktionsräumen sowie in der Privatwohnung Herzberg's vor, der sich schon vorher einer Leibesvisitation hatte unterziehen müssen. Von seiner Wohnung aus wurde Herzberg zum Untersuchungsrichter geführt, der ihn nach kurzem Verhör wegen angeblicher „Kollusionsgefahr" für verhaftet erklärte. Es ist dies, schreibt die „Volksstimme", seit der Hochverraths-Aktion gegen Dreeshach, die für die Mannheimer Staatsanwaltschaft mit einer heillosen Niederlage endete, die erste Sache, in welcher gegen Beamte der „Volksstimme" mit Verhängung der Untersuchungshaft vorgegangen wird. Und das wegen einer Bagatelle, wegen einer — im schlimmsten Falle — einfachen Formalbeleidigung, die, wenn sie gegen einen gewöhnlichen Sterblichen verübt wird, vom Schöffengericht mit einer geringen Geldstrafe gebüßt zu werden pflegt. Aber hier handelt es sich um einen großmächtigen Kommerzienrath und Großgrundbesitzer, an dessen Wiege wohl die Musen nicht gestanden, der aber eine äußerst gewichtige Persönlichkeit von Mammons Gnaden ist und darum über eine höhere Sorte von Ehre verfügt, als der gewöhnliche Durchschnitts-Staatsbürger.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Mit den Forderungen der Bäckerei-Arbeiter, die dieselben in der letzten großen öffentlichen Versammlung aufgestellt haben, befassen sich nun auch die Bäckermeister. In den einzelnen Bezirksvereinen, so in Südwest und Friedrichstadt und in Moabit, haben bereits Berathungen, wozu die Bäckerei-Arbeiter eingeladen waren, stattgefunden. In der Versammlung für Südwest und Friedrichstadt gelangte einstimmig eine Resolution zur Annahme, in der die Hoffnung ausgesprochen wurde, daß durch weitere Verhandlungen zwischen Meistern und Gesellen ernste Maßnahmen, die das Bäckergewerbe schädigen würden, vermieden werden. In der Versammlung in Moabit wurde von den Vertretern der Arbeiter, nachdem sie in überzeugender Weise die Berechtigung ihrer Forderungen den versammelten Meistern klar gelegt hatten, wiederum die Geneigtheit ihrerseits zu Verhandlungen kund gegeben. Sie wandten sich gegen den Vorschlag der Meister, in jedem Bezirk besondere Kontrollkommissionen zu wählen, um für die Beseitigung der gerügten Mißstände Sorge zu tragen, da sie sich hiervon etwas Ersprießliches nicht versprachen. Die Meister zogen schließlich den betreffenden Antrag zurück und es gelangte folgende von den Arbeitern eingebrachte Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung erklärt, daß die Gesellenausschüsse der beiden am Orte bestehenden Innungen das Vertrauen der Berliner Bäckereiarbeiter besitzen und als ihre berufenen Vertreter einzig und allein die Verhandlungen mit der Berliner Meisterschaft zu führen haben; die Wahl von Kommissionen in den einzelnen Stadttheilen also überflüssig und hindernd ist. Doch wünscht die Versammlung, daß die Bezirksvereine der Meister sich schlüssig werden, was sie den Gesellen überhaupt zu geben gewillt sind, und daß sie ihre Beschlüsse den Innungsvorständen unterbreiten.

Die Bäckermeister zeigten im Allgemeinen sich geneigt, auf einige Forderungen der Gesellen einzugehen, nur die Abschaffung des Kost- und Logiswesens fand bei ihnen entschiedene Ablehnung.

Deutsches Reich.

In Hildburghausen befinden sich seit 15 Wochen 74 Glasarbeiter, darunter viele Familienväter, im Ausstande. Der Kampf gilt nicht nur der Erringung eines menschenwürdigen Lohnes, sondern auch der Forderung einer anständigen, eines Menschen würdigen Behandlung. Welcher Art die Behandlung der Arbeiter gewesen sein muß, geht aus der Aeußerung eines der Herren Chefs hervor, daß die Arbeiter, wenn sie erst „Schnee und Eis fressen" müßten, schon würden zahm werden. Ein Hüttenmeister verstieg sich zu der Aeußerung: „Wenn er die Kräfte hätte, würde er keine Arbeiter entlassen, aber sie hauen, daß sie die Wände hinaufsprängen." Auch in Köln-Nippes befinden sich die Glasarbeiter im Ausstande, und auch hier ist der Kampf ein sehr hartnäckiger. In Hildburghausen wie in Köln-Nippes versucht das Unternehmerthum, mit allen nur erdenklichen Mitteln Streikbrecher heranzuziehen. Daher ist in erster Linie der Zuzug nach diesen beiden Orten fernzuhalten. Dann aber ist es nothwendig, da es dem Verbande der Glasarbeiter infolge der langen Dauer dieser Kämpfe äußerst schwer fällt, die erforderlichen Mittel zur erfolgreichen Durchführung derselben zu beschaffen, daß die deutsche Arbeiterschaft ihr Scherflein dazu beiträgt, den Glasarbeitern zum Siege zu verhelfen. Geldsendungen sind zu richten an Emil Girbig, Berlin O., Bödeckerstr. 2. Die Generalkommission.

Der Kampf in Remscheid ist äußerlich beendet. Die ausständigen Arbeiter haben bis auf ca. 50 Mann die Arbeit wieder aufgenommen und sich zum Eintritt in die Betriebs-Krankenkassen bereit erklärt. Insgesammt sollen in Remscheid einige 20 Betriebskrankenkassen gegründet werden, die zusammen etwa 2000 Mitglieder haben werden. Die Ortskrankenkasse hat jetzt 10 000 Mitglieder, so daß ihr 8000 Mitglieder verbleiben. Um die Arbeiter noch mehr zu empören, wird auch die Errichtung von Innungskassen betrieben.

Von den Arbeitern wird nun geplant, die Organisation der Sanitätsvereine weiter auszubauen. Diese Vereine bieten ihren Mitgliedern freie ärztliche Behandlung für die Familienangehörigen. Man wird nun an die Orts-Krankenkasse herantreten, um diese zu ersuchen, den von ihr fest angestellten Aerzten zu gestatten, die Behandlung der Mitglieder dieser Vereine zu übernehmen. Die Ortskasse steht der Sache sympathisch gegenüber und wird somit der Kampf um die Arztfrage auf anderem Gebiet fortgesetzt. Bemerkenswerth ist, daß vor einigen Tagen die Ortskasse von der Gemeindeverwaltung die Weisung erhalten hat, eine außerordentliche Generalversammlung anzuberaumen und als Gegenstand der Berathung: „Zusatz zu § 56 des Statuts" zu bezeichnen. Ihr eigenthümliches und außergewöhnliches Verlangen stützt die Behörde darauf, daß nach einem Erlaß des Handelsministers Brefeld vom 28. d. M. darauf hingewirkt werden soll, daß die Statuten der Krankenkassen in der Richtung abgeändert werden, daß bei Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundeigenthum, sowie bei Aufnahme von Darlehen der Vorstand nicht eigenmächtig beschließen, sondern an die Genehmigung der Generalversammlung gebunden werden soll. Ferner heißt es: „Ebenso liegt es im Interesse der Kassen, für solche Fälle die Zustimmung der Aufsichtsbehörde vorzuschreiben, da die Kassen sonst Gefahr laufen, wegen Leistungsunfähigkeit geschlossen zu werden."

Diese Anordnung bezweckt zweifellos, der Kasse Schwierigkeiten in der beabsichtigten Errichtung eines Krankenhauses zu bereiten. Wie bereits mitgetheilt, hatte die Kasse zu diesem Zweck ein Grundstück erworben. Hiergegen hatte die Aufsichtsbehörde (Gemeindebehörde) seinerzeit Einspruch erhoben, der aber auf Beschwerde beim Ministerium zurückgewiesen wurde.

Die Gemeindeverwaltung sucht nun ihren Zweck auf andere Weise zu erreichen. Sie will erzwingen, daß bei Erwerbung von Grundeigenthum nicht nur die Generalversammlung, sondern auch die Aufsichtsbehörde die Zustimmung giebt. Wie das erreicht werden soll, ist noch in Dunkel gehüllt, denn die Befugnisse der Aufsichtsbehörde freiwillig zu erweitern, dazu hat die Generalversammlung keinen Anlaß, umsomehr, da die Aufsichtsbehörde der Orts-Krankenkasse keineswegs freundlich gegenübersteht und im besonderen der Bürgermeister von Remscheid die Errichtung der Betriebskassen eifrig gefördert hat. Die Antipathie von dieser Seite ging so weit, daß der Bürgermeister in der Versammlung der Gemeindevertreter heftige Angriffe gegen die Ortskrankenkasse richtete, die doch nur ihre Existenz vertheidigte. Die Aufsichtsbehörde hat in diesem Falle wieder einmal in ihrem Eifer über das Ziel gehauen und die Erreichung ihrer Absichten fällt damit, weil die gesetzliche Grundlage fehlt. Man sieht, der Kampf ist noch nicht zum Abschluß gekommen und wird die Kassenverwaltung noch einen schweren Standpunkt gegen ihre Widersacher haben.

Die vorläufige Schließung der hallischen Filiale des Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter-Verbandes ist vom Landgericht bestätigt. Das Landgericht beruft sich u. a. auf folgende Vorkommnisse, die ihm geeignet erscheinen, den Beweis zu führen, daß sich der Verein mit Politik beschäftigt hat. Es heißt in dem Bescheid:

„1. In der von 32 Personen (darunter sechs Frauen) besuchten Versammlung vom 13. November 1897 wurden die Genossen aufgefordert, sich rege an der Vertheilung der Flugblätter, welche zur Agitation zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl dienen sollten, zu betheiligen. 2. In der von 25 Personen (darunter 3 Frauen) besuchten Versammlung vom 9. April 1898, welche ausdrücklich als öffentliche bezeichnet ist, wurde die Bedeutung der Maifeier erklärt, die von der sozialdemokratischen Partei verfaßte und in einer öffentlichen Versammlung angenommene Resolution angenommen und ein Vergnügungskomitee zur Maifeier gewählt. 3. Bei der von 30 Mitgliedern (darunter 2 weiblichen) besuchten Versammlung vom 9. Juli 1898 wurde vor formeller Eröffnung das Ergebniß der Reichstagswahl mitgetheilt und das Blatt 43 der polizeilichen Akten befindliche Flugblatt vertheilt, welches zur Betheiligung an sozialdemokratischen Bestrebungen auffordert und durch größeren Druck die Worte hervorhebt: Alles für das Volk, alles durch das Volk! Hoch die internationale Sozialdemokratie!"

Wenn solche Beweisführung auch zur Schließung bürgerlicher Vereinigungen herangezogen würde, dann müßten sämmtliche Kriegervereine und politische Organisationen unserer Gegner aufgelöst werden. Da das nicht der Fall ist, so wird damit nur wieder der schöne Grundsatz bestätigt: Wenn zwei dasselbe thun, so ist es nicht dasselbe.

Ausland.

Die Angestellten der Kolonialwaarenbranche zu Paris haben nachstehende Forderungen aufgestellt: Einführung der zwölfstündigen Arbeitszeit, Freigabe der Sonn- und Festtage von mittags 12 Uhr an, Gewährung von zwei Ruhetagen pro Monat, Aufhebung aller Strafbestimmungen und Anerkennung des Syndikats und dessen Arbeitsvermittelungs-Bureaus. Falls die Forderungen nicht bewilligt werden, ist, wie die „Petite République" mittheilt, der Ausbruch eines Streiks leicht möglich.

Soziale Rechtspflege.

Der Streik bei Ludwig u. Ko. vor dem Einigungsamt. Unter dem Vorsitz des Gewerberichters v. Schulz traten gestern Nachmittag 4 Uhr die Gewerbegerichts-Beisitzer Tischler Millarg, Stockarbeiter Klinger, Fabrikant Weigert und Tiefbau-Unternehmer Bernhard als Einigungsamt zusammen, um in Sachen des Streiks bei Ludwig u. Ko. zu verhandeln. Der Sachverhalt ist kurz folgender. Die Herren Alphons Ludwig und Samuel, die ein Engrosgeschäft in Schirmstöcken betreiben, hatten den Zusammensetzer Frühdorf entlassen, zugleich aber einen anderen Arbeiter eingestellt, einen gewissen Mentel, der früher schon bei ihnen beschäftigt war. Die meisten der übrigen Zusammensetzer sahen die Entlassung F.'s als Maßregelung an und traten für ihren Kollegen ein. Sie verlangten, daß er wieder eingestellt und daß Mentel entlassen werde, und legten schließlich die Arbeit nieder. Ihnen schlossen sich die Celluloidarbeiter des Zwischenmeisters Richard Ludwig an, die die Herren Alphons Ludwig und Samuel als ihre eigentlichen Arbeitgeber betrachteten. Der Streik, an dem elf Personen betheiligt sind, dauert nunmehr vier Wochen. Herr Samuel bestritt vor dem Einigungsamt, daß F. gemaßregelt sei. Er habe unter den Arbeitern Unfrieden gestiftet, und da sei es das gute Recht der Arbeitgeber gewesen, ihn zu entfernen und seinen Platz mit dem als zuverlässig bekannten Mentel zu besetzen. — Der Vertreter der Ausständigen machte demgegenüber geltend, daß F. nach seiner und seiner Kollegen Ueberzeugung entlassen worden sei, weil er dem Bestreben der Unternehmer, die einigermaßen geregelte Arbeitszeit wieder zu verschlechtern, stets Widerstand geleistet habe. Das Einigungsamt beschloß, M. und noch einen andern Arbeiter, der den Streik nicht mitgemacht hat, zu vernehmen. Die Zeugen wurden sogleich geholt. Beide wollen von verschiedenen Mitarbeitern, besonders von F., so „geuzt" worden sein, daß sie die Aufgabe ihrer Stellung erwogen hätten. Dem Zeugen Mentel warfen die Streikenden Zwischenträgerei vor. Er selbst gab zu, daß er eine Zeit lang bestimmte Akkordzuschüsse erhalten habe, damit er die Kollegen als älterer Arbeiter beaufsichtige. Mittheilungen über Kollegen habe er jedoch nicht eher den Chefs gemacht, als bis man ihn in öffentlicher Versammlung heruntergerissen habe. — Um 8½ Uhr abends kam folgender Vergleich zu stande: Die Arbeiter verzichten auf die Wiedereinstellung Fräßdorf's. Dagegen verpflichten sich die Herren Ludwig und Samuel den Zusammensetzer Mentel spätestens am 1. Februar zu entlassen. Bis zu diesem Zeitpunkt soll er Gelegenheit haben, sich eine andere Stellung zu suchen. Sämmtliche Ausständigen, abgesehen von F., werden wieder eingestellt. Maßregelungen und Benachtheiligungen finden nicht statt. Die Streikenden dürfen ebenfalls die Kollegen, welche am Streik nicht theilnahmen, nicht maßregeln. Die Arbeitszeit in den Werkstätten der Firma und des Herrn Richard Ludwig dauert neun Stunden, im Sommer von 7 bis 5 Uhr, im Winter von 8 bis 6 Uhr. Die Schließung der Werkstätten erfolgt im Sommer um 5, im Winter um 6 Uhr abends.

Eingelaufene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 11. Heft des 17. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Bismarck's Denkwürdigkeiten. — Einige Bemerkungen über Plechanow's letzten Artikel in der „Neuen Zeit". Von Conrad Schmidt. — Friedrich Engels und das Milizsystem. Von K. Kautsky. — Der ländliche Arbeitermangel. Von Urbanus. — Berliner Theater. Von F. M. — Literarische Rundschau. — Notizen: Wohnungsmiethe und Arbeitereinkommen. Von P. M. Grempe. — Feuilleton: Aesthetische Streifzüge. Von Franz Mehring. (Fortsetzung.)

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Köln, 7. Dezember. (W. T. B.) Die „Kölnische Volkszeitung" meldet: „Auf den Thonwerken in Arloff bei Kirspenich (Regierungsbezirk Köln) stürzte gestern ein Stollen ein, wodurch sechs Arbeiter verschüttet wurden. Alle sechs wurden als Leichen herausgeholt.

Triest, 7. Dezember. (W. H.) Wegen des undurchdringlichen Nebels, der auf dem Meere herrscht, ist die Schifffahrt stark gefährdet. Mehrere Schiffe sind bereits aufgefahren.

Prag, 7. Dezember. (W. H.) Wie „Narodny Listy" berichtet, wird das Abgeordnetenhaus erst dann vertagt werden, wenn bis zum 30. Dezember die Ausgleichsvorlagen und das Budgetprovisorium nicht erledigt werden sollten.

Budapest, 7. Dezember. (W. T. B.) Elf Abgeordnete haben ihren Austritt aus der liberalen Partei angemeldet. Die Regierungspartei zählt aber auch jetzt noch immer 305 Abgeordnete von insgesammt 452 Mitgliedern des Reichstages.

Brüssel, 7. Dezember. (W. H.) Die „Indep. Belge" bespricht die Thronrede Kaiser Wilhelms und sagt, es sei auffallend, daß in derselben des Dreibundes keiner Erwähnung gethan sei. Es sei kein Zweifel, daß der Dreibund, sobald der jetzige Vertrag abgelaufen sei, nicht mehr erneuert werde. — Dies ist auch die Meinung der übrigen Brüsseler Blätter.

London, 7. Dezember. (W. H.) Zola befindet sich hier in London und wohnt in der Nähe des Krystallpalastes. Er erhielt kürzlich den Besuch seiner Gattin, welche gestern wieder abgereist ist. Sie wurde jedoch nicht von ihrem Gatten, sondern von Herrn Vizetelly, dem Uebersetzer der Zola'schen Werke ins Englische, zum Bahnhofe begleitet.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

2. Sitzung, Mittwoch, 7. Dezember 1898, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten; nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung erfolgt die Wahl durch Stimmzettel.

Abgegeben werden 340 Zettel, davon sind 53 unbeschrieben. Abg. Graf Ballestrem (Z.) erhält 279 Stimmen, Abg. Freiherr v. Hertling (Z.) 6, Abg. v. Levetzow (k.) 1 und ebenso Abg. Knörcke (frs. Vp.) 1 Stimme. (Große Heiterkeit.)

Abg. **Graf Ballestrem** ist somit zum Präsidenten gewählt. Er nimmt die Wahl mit folgenden Worten an:

Meine Herren, Sie haben mir die hohe Ehre erwiesen, mich zum Präsidenten des deutschen Reichstags zu erwählen. Ich sage Ihnen dafür meinen tiefgefühlten Dank. Ich weiß die hohe Ehre wohl zu schätzen, ich weiß aber auch, daß damit eine schwere Verantwortlichkeit, ernste Pflichten verknüpft sind. Das Beispiel der ausgezeichneten Männer, die vor mir auf diesem erhabenen Sitze Platz genommen, soll mir voranleuchten und ich hoffe, es wird mich vor Irrthümern bewahren. Nach ihrem Beispiel werde ich die Würde des Reichstags unter allen Umständen nach allen Richtungen hin wahren (Bravo!), ich werde mich bestreben, die Arbeiten des Reichstags in positivem Schaffen zu fördern; ich werde mich namentlich bestreben, nach allen Seiten hin in der Leitung der Geschäfte die unbedingteste Unparteilichkeit walten zu lassen. (Bravo!) Hierzu bedarf ich aber vor allem Ihrer allseitigen Unterstützung, um die ich recht herzlich bitte. Unter dieser Voraussetzung nehme ich die Wahl an (Bravo!) und ich werde nunmehr unter Gottes gnädigem Beistand das hohe Amt, das Sie mir übertragen haben, antreten. (Lebhaftes Bravo!)

Präsident Graf Ballestrem begiebt sich hierauf auf den Präsidentensitz und spricht zunächst im Namen des Hauses dem Alterspräsidenten Dr. Lingens seinen Dank für die Art aus, wie er, trotz seines hohen Alters, in voller Rüstigkeit die Geschäfte geleitet. (Das Haus erhebt sich von den Sitzen.)

Es folgt die Wahl des ersten Vizepräsidenten; bei derselben werden 338 Stimmzettel abgegeben, davon sind 49 unbeschrieben. Von den 289 giltigen Zetteln lauten 226 auf den Namen des Abg. Dr. v. Frege (k.), 60 auf den Namen des Abg. Singer (Soz.), 2 auf den Namen des Abg. Graf v. Kwilecki (Pole), 1 auf den Namen des Abg. Ahlwardt. (Große Heiterkeit.) Abg. Dr. v. Frege ist somit gewählt.

Abg. Dr. **v. Frege** (k.) erklärt, die Wahl annehmen zu wollen und schließt sich völlig den Erklärungen des Herrn Präsidenten an, die Grundsätze enthalten, welche auch er zu befolgen für seine Gewissenspflicht erachte. (Beifall.)

Es folgt die Wahl des zweiten Vizepräsidenten; bei derselben werden 342 Stimmzettel abgegeben; davon sind 12 ungiltig bezw. unbeschrieben. Von den 330 giltigen Zetteln lauten 158 auf den Namen des Abg. Schmidt-Elberfeld (frs. Vp.), 119 auf den Namen des Abg. Dr. Bassermann (natl.), 51 auf den des Abg. Singer (Soz.), 1 auf den des Abg. Kramer, 1 auf den des Abg. Ahlwardt (wild, Antis.); die Nennung des Namens Ahlwardt wird wiederum mit schallender Heiterkeit aufgenommen. Da für keinen der Kandidaten eine absolute Majorität sich ergeben hat, so findet eine Stichwahl statt und zwar, nach der Geschäftsordnung, zwischen den fünf Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten; es kommen also sämmtliche Kandidaten wieder in die engere Wahl, auch der Abg. Ahlwardt, welch letzteres Faktum wiederum die große Heiterkeit des Hauses erregt.

Bei der Stichwahl werden abgegeben 326 giltige Stimmen; davon 195 für Schmidt, 123 für Bassermann 4 für Singer, 3 für Kramer, 1 für Ahlwardt. Abg. Schmidt (frs. Vp.) ist somit gewählt. Er nimmt die Wahl dankend an.

Es folgt die Wahl der 8 Schriftführer, die geschäftsordnungsgemäß in einem Wahlgange vorgenommen wird. Das Resultat der Wahl wird in der nächsten Sitzung bekannt gegeben werden.

Präsident Graf **Ballestrem**: Mir liegt nun noch die traurige Pflicht ob, der in der Zwischenzeit verstorbenen Herren Abgeordneten zu gedenken. Es sind dies die Herren Dr. v. Cuny, v. Plötz, Biesanz und v. d. Decken. Ich bitte Sie, sich von den Plätzen zu erheben. (Geschieht.)

Meine Herren, noch einen großen Verlust haben wir zu beklagen. Der erste Kanzler des Deutschen Reiches, der geniale Staatsmann, welcher am Entstehen des Reiches in hervorragendem Maße mitgewirkt hat, ist, wie uns allen bekannt, durch die Vorsehung zu einem Zeitpunkt abberufen worden, wo kein Reichstag versammelt war, welcher an der Bahre des großen Todten dem Schmerz und der Trauer hätte Ausdruck geben können, der die Vertreter des deutschen Volkes im Namen des deutschen Volkes beseelt. (Die Abgeordneten haben sich während dessen von den Plätzen erhoben, die Sozialdemokraten verlassen den Saal.) In dankenswerther Weise hat zwar ein Mitglied des früheren Präsidiums des Reichstags, der Abgeordnete Spahn, diesem Mangel abzuhelfen sich bemüht und wir sind ihm dafür zu vielem Dank verpflichtet, jedoch kann dieser Umstand den neu gewählten Reichstag nicht davon entbinden, vor Eintritt in seine geschäftliche Thätigkeit seinem Schmerz und seiner Trauer über diesen Verlust feierlich Ausdruck zu geben. Wenn schon die Pietät für den großen Todten alle Angehörigen des Deutschen Reiches anweist, das Andenken an die Verdienste des großen Todten zu ehren, so tritt für die Mitglieder des Reichstages noch ein Grund besonderer Dankbarkeit hinzu. Wenn wir hier als Vertreter des deutschen Volkes tagen, so haben wir in erster Linie dem verewigten Kanzler zu danken. Es ist eine geschichtliche Thatsache, daß die Basis, auf der der Reichstag beruht, das Wahlgesetz, lediglich dem maßgebenden Einfluß des ersten Kanzlers zu verdanken ist. Meine Herren, Fürst Bismarck war ein großer gewaltiger Staatsmann, der sich die höchsten Ziele zum Wohle des Vaterlandes gesetzt hat. Daß er bei den Mitteln, um dieses Ziel zu erreichen, sowohl mit Parteien als auch mit Personen dieses hohen Hauses in scharfen Konflikt gekommen, wer könnte es leugnen? Jedoch, meine Herren, auch für diejenigen, welche dem großen Kanzler in diesen Konflikten scharf gegenüberstanden, liegt kein Grund vor, dem großen Verstorbenen eine feierliche Ehrung zu versagen. Die Majestät des Todes verklärt alles. Was die Parteien an dem Fürsten Bismarck bekämpft, ist, soweit es persönlicher Natur ist, mit seiner sterblichen Hülle begraben. Aber sein Andenken steht vor uns als das des großen Staatsmannes, des großen Vorbereiters unserer unsterblichen Siege und unseres unvergleichlichen Heeres. (Lebh. Beifall.) So steht das Bild des Fürsten Otto v. Bismarck vor unserer Seele, und unter dieses Bild möchte man die Worte des römischen Dichters setzen: „Quis tot sustinat, quis tanta negotia solus?"

„Wer vermöchte wohl so viel zu bewältigen, so viel Aufgaben allein zu lösen?"

Zu Ehren des großen Todten haben Sie sich von Ihren Plätzen erhoben und ich konstatire, daß der Reichstag diese Ehrung dem großen Kanzler unaufgefordert dargebracht hat. (Lebhafter Beifall.)

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Erste Berathung des Reichshaushalts-Etats.

Schluß 6 Uhr.

Lokales.

Freie Volksbühne. Die Mitglieder des Vereins werden dringend gebeten, nur die Vorstellungen ihrer Abtheilung zu besuchen, damit die Ueberfüllung des Theaterraums vermieden wird. Die 3. Abtheilung, welche sehr stark gefüllt ist, gestattet daher am Sonntag den Nachzüglern keinen Zutritt.

Zur Aufführung gelangt im Lessing-Theater für die 3. Abtheilung „Nora"; im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater für die 5. Abtheilung „Liebelei" und „Lumpenbagasch". Anfang 2¾ Uhr.

Neue Mitglieder können sich in allen Zahlstellen zur 6. Abtheilung melden. J. A.: G. Winkler.

Größere Neubauten für das Reich werden im eben erschienenen Etatsentwurf der Regierung angekündigt.

Vor allem soll der Reichsdruckerei, deren Betrieb in den letzten Jahren namentlich durch die große Vermehrung der „geldwerthen und geheimen Drucksachen" außerordentlich zugenommen hat, etwas über eine Million zu Erweiterungsbauten zur Verfügung gestellt werden, nachdem die kleinen baulichen Umgestaltungen der letzten Jahre sich als ganz unzulänglich erwiesen haben. Die Regierung giebt selber zu: „Die meisten Arbeitsräume sind mit Arbeitern und Maschinen überfüllt. Am übelsten liegen die Verhältnisse bei der Abtheilung für geldwerthe Drucksachen, bei der wegen der Raumbeengtheit auch eine organische Einrichtung des Betriebs, wie sie zur Abgrenzung der Verantwortlichkeit hier besonders wichtig ist, nicht durchgeführt werden kann, und in deren Bereich auch Diensträume der Abtheilung für nicht geldwerthe Papiere hineinschneiden. Vielfach leidet die Gesundheit der Arbeiter insbesondere in den mit Erzeugung gesundheitsschädlicher Dämpfe verbundenen Werkstattbetrieben, die sich in dem nur 2,13 Meter hohen Dachgeschosse des Künstlerwerkstattgebäudes befinden. Die Dampfkessel-Anlage muß jetzt schon häufig über das normale Maß in Anspruch genommen werden. Der Bedarf an neuen Maschinen läßt sich wegen des Raummangels zur Zeit nicht befriedigen. Es soll deshalb unter Zurückgreifen auf den Garten der Reichsdruckerei ein großer Erweiterungsbau ausgeführt werden. Außerdem ist, da durch diesen Bau die normalmäßige Bebauungsfähigkeit des Reichsdruckerei-Grundstückes erschöpft, der jetzige Raumbedarf aber noch nicht befriedigt wird, die Herstellung einer interimistischen Baracke in Aussicht genommen."

Ferner wird ein Nothschrei erhoben über das gänzlich ungenügende Zentral-Postgebäude an der Ecke der König- und Spandauerstraße. Hier haben bekanntlich die Bezirks-Oberpostdirektion, die General-Postkasse, das Hofpostamt und das Berliner Briefpostamt, ferner ein Fernsprech-Vermittelungsamt ihren Sitz. Bei dem gewaltigen Aufschwung des Berliner Verkehrs mußte man schon lange an Erweiterungen denken, es sind infolge dessen im Laufe der Zeit 14 Nachbar-Grundstücke aufgekauft und, soweit irgend möglich, mit Dienststellen belegt worden. „Dies hat jedoch immer nur ein kümmerlicher Nothbehelf sein können. Die Häuser sind fünfundsiebzig und mehr Jahre alt und stark abgenutzt oder schon ganz baufällig. Sie enthalten meistens nur enge und niedrige Zimmer, schmale und winklige Flure, steile und enge Treppen und haben zu einem großen Theile auch kein genügendes Tageslicht. Die Zersplitterung des Betriebes umfangreicher, wichtiger Dienststellen, welche bei der Belegung der Häuser mit in den Kauf genommen werden mußte, ist umso empfindlicher, als die einzelnen Häuser sich nicht in zweckmäßige Verbindung miteinander haben bringen lassen." So sind zum Beispiel die Räume für den Packetbetrieb bis an die äußerste Grenze der Möglichkeit in Anspruch genommen. Gleichartige Uebelstände sind beim Brief-Postamte vorhanden. Namentlich ist dort der Orts-Sortirsaal, in welchem gleichzeitig bis zu 72 Mann beschäftigt sind, bei 264 Quadratmetern viel zu klein und überdies so dunkel, daß zur Beleuchtung der Vertheilungsspinde fast immer Gas gebrannt werden muß. Der Posthof, auf dem wochentäglich 1324 Postfuhrwerke verkehren, reicht auch nicht mehr aus. Es ist nothwendig, einen Theil des Wagenverkehrs auf einen zweiten Hof zu verweisen, der aber nur nach Niederlegung der alten Häuser an der Heiligegeiststraße in ausreichender Weise geschaffen werden kann. Im älteren Betriebssaale der im Dachgeschosse des Hauses Königstraße 60 untergebrachten Fernsprech-Vermittelungsanstalt müssen bei nur 94 Quadratmeter Grundfläche zeitweise bis zu 56 Beamte beschäftigt werden; der zweite Betriebssaal ist zwar größer, aber dafür nur 3,5 Meter hoch. Es werden deshalb 1⅓ Millionen zu Erweiterungsbauten verlangt, davon 200 000 Mark als Jahresrente für 1899.

Ferner will die Postverwaltung ein großes neues Dienstgebäude an dem Knie zwischen Tempelhofer Ufer und Bellealliancestraße anlegen; sie hat sich hier eine 3167 Quadratmeter umfassende Liegenschaft der Berliner Immobilien-Verkehrsbank vorläufig gesichert (für 1 050 000 M.). „Die Verkehrslage des Grundstückes — bemerkt die Regierung zu ihrer Forderung — ist für die Postverwaltung äußerst vortheilhaft, zumal es in der Nähe einer Haltestelle der künftigen elektrischen Hochbahn liegt, durch deren Benutzung die Postbeförderungen erheblich erleichtert und beschleunigt werden können. Das Grundstück bildet ein Rechteck mit einer Straßenfront von 45 Metern und gestattet die Errichtung eines großen und auf absehbare Zeit ausreichenden Post- und Telegraphengebäudes."

Die Mitglieder des Ziethen-Komitee's werden gebeten, sich nächsten Sonnabend, abends 8½ Uhr, zu einer Konferenz in der „Neuen Post", Beuthstraße, einzufinden.

Zur Frage der öffentlichen Arbeitsnachweise. Der Zentralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hat, wie wir in der „Nat.-Ztg." lesen, in seiner am Montag, 5. Dezember, stattgehabten Plenarsitzung unter Leitung des Vorsitzenden Geheimrath Goldberger nach einem ausführlichen Referat des Dr. Freund, Vorsitzender der Alters- und Invaliditätsversicherung Berlin, und nach eingehender Berathung einstimmig folgende Resolution gefaßt: „Der Zentralausschuß erkennt im Interesse einer besseren Regelung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte und zugleich im Interesse des guten Einvernehmens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Nothwendigkeit der Errichtung und der Förderung von Arbeitsnachweisen an, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig unter einem unparteiischen Vorsitzenden vertreten sind. Der Zentralausschuß beschließt, seinen Verbänden die Unterstützung und Benützung des also organisirten Zentralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin zu empfehlen, dabei von der Voraussetzung ausgehend, daß zugleich unter Theilnahme von Sachverständigen die Organisation von Arbeitsnachweisen für gelernte Arbeiter vom Zentralverein für Arbeitsnachweis sofort in Angriff genommen wird.

Die Rehberge als Parkanlage. Die Stadtverordneten Wilhelm Gericke, Dinse und Spinola haben mit Unterstützung einer großen Anzahl anderer Stadtverordneten folgende Anfrage an den Magistrat in der Stadtverordneten-Versammlung eingebracht: „Wie stellt sich der Magistrat zu einer eventuellen Verpflanzung und Umwandlung der sogenannten Wurzel- oder Rehberge im Norden Berlins — östlich der Müllerstraße von der Reinickendorferstraße beziehungsweise der Seestraße bis zur Weichbildgrenze — einschließlich des Grundstückes der Abdeckerei und des städtischen Obdachs in eine Parkanlage?"

Die Inhaber von Familien-Monatskarten für den Vorort-Bahnverkehr werden bei dem herannahenden Jahreswechsel darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die Beibehaltung der Nebenkarten beabsichtigt wird, vor Beginn des neuen Kalenderjahres die polizeilichen Bescheinigungen der Hausstandszugehörigkeit erneuert werden müssen. Dabei ist noch zu bemerken, daß diese Bescheinigungen für unmittelbare Familienangehörige (Ehefrauen, Kinder oder sonstige Verwandte) in jedem Jahre nur zu der erstmaligen Lösung, für Dienstboten jedoch außerdem bei jedesmaligem Wechsel derselben erneuert werden müssen. Keine Familien-Nebenkarten werden an Gehilfen, Gesellen und selbst Lehrlinge des Haushaltungsvorstandes verabfolgt, weil diese Personen nicht als zum Hausstande gehörig zu betrachten sind. Endlich ist noch zu erwähnen, daß Familien-Nebenkarten auf der Stadt- und Ringbahn nicht, sondern nur für den Vorortverkehr ausgegeben werden.

Die erste Serie der volksthümlichen Kurse von Berliner Hochschullehrern geht diese Woche zu Ende. Herr Professor Schmoller hat am Dienstag Abend den letzten seiner sechs Vorträge über Handelspolitik gehalten. Der bekannte Nationalökonom verstand es, in klarer, lebendiger Sprache seinen Zuhörern den immerhin schwierigen Gegenstand verständlich zu machen; besonders ist anzuerkennen, daß die erörterten Fragen, soweit sie das politische Gebiet berühren, von ihm mit strenger Objektivität behandelt wurden. Am Schlusse des Vortrages gaben die Zuhörer und Zuhörerinnen ihrem Lehrer den Dank für seine Mühen in lebhaften Ausdrücken zu erkennen. Leider wirkt Herr Prof. Schmoller in der zweiten Serie der Vorträge, die im Januar beginnt, nicht mit, wie denn überhaupt in dieser Serie kein national-ökonomischer Kursus vorgesehen ist. Bemerkt sei noch, daß die anfangs in der Presse gebrachte Nachricht, wonach die Kurse wohl von Gebildeten, aber kaum von solchen Personen, für die sie berechnet seien, besucht würden, durch die aufgestellte Statistik glänzend widerlegt worden ist. Während bei den Wiener Hochschulvorträgen aus den „unteren" Volksschichten nur etwa 40 pCt. Zuhörer anwesend sind, macht die Frequenz aus diesen Schichten in Berlin 83 pCt. aus.

Die vier Berliner Kaufmännischen Fortbildungsschulen sind im Winterhalbjahr 1898/99 von 1523 Schülern besucht. Hiervon besuchen zwei Schulen 63 Schüler, die Fortbildungsschule im Kaiser Wilhelm-Realgymnasium 103, im Königstädtischen Realgymnasium 197, im Kölnischen Gymnasium 371 und im Friedrich-Werderschen Gymnasium 699 Schüler. Von den 1523 Schülern sind 995 Lehrlinge, Volontäre 2c., 528 Handlungsgehilfen, Buchhalter, einige Geschäftsinhaber und Studenten. Die Leitung sämmtlicher vier Schulen ist dem Dr. Engelmann, Landsbergerstraße 113, übertragen; außerdem wirken noch 48 Lehrer an den Anstalten. Die Fortbildungsschule des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, die ihr Schullokal in der Sebastianstr. 26 hat, wird in diesem Winterhalbjahr von 781 Schülern besucht. Leiter ist Rektor Rowka, Manteuffelstr. 7.

Zum Bau der Berliner Unterpflasterbahnen wird hiesigen Blättern geschrieben, daß im Auftrage des Eisenbahn-Ministers Thielen sich vorgestern der vortragende Rath im Eisenbahn-Ministerium, Abtheilung III (Verwaltung des Bauwesens), Geh. Ober-Regierungsrath Francke und dessen technischer Beirath Geh. Baurath v. Dömming, nach Budapest begeben haben, um die dortige, von der Firma Siemens u. Halske erbaute König Franz Josef-Untergrundbahn zu besichtigen. Man werde nicht fehlgehen, wenn man die Studienreise mit der demnächst im Ministerium zur Berathung gelangenden Frage des Baues von Unterpflasterbahnen für Berlin in Verbindung bringt.

Die Große Berliner Straßenbahn hat einige kleine Verbesserungen eingeführt. Infolge der vielen Beschwerden über die Enge der Plätze bei vollbesetzten Wagen hat die Direktion auf einigen Linien in den Pferdebahnwagen die Sitzplätze um zwei und die Stehplätze um einen verringert. Auch hat sie die Länge der 10 Pfennig-Strecken von 3900 auf 4500 Meter erhöht. Zur allgemeinen Einführung des 10 Pfennig-Tarifs, der schon auf den Linien: „Hasenheide—Behrenstraße", „Görlitzer Bahnhof—Friedrichstraße" und „Hasenheide—Rathhaus" eingeführt ist, kann sich die Direktion, obwohl das Publikum fast nur noch 10 Pfennig-Fahrscheine verlangt, immer noch nicht entschließen.

Wegen Brandstiftung ist das Wölfel'sche Ehepaar aus der Waldstraße 37 verhaftet worden. Am Sonntag brach in dem Kolonialwaaren-Geschäft, das die Eheleute in dem genannten Hause betreiben, Feuer aus, das bald von der Feuerwehr gelöscht wurde. Verschiedene Anzeichen deuteten darauf hin, daß der Brand angelegt war.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahn- und einem Arbeitswagen fand vorgestern Nachmittag um 3 Uhr an der Ecke der Kauer- und Berlinerstraße zu Charlottenburg statt. Der Wagen Nr. 221 der elektrischen Linie Kupfergraben—Charlottenburg faßte den Arbeitswagen der Firma Schussenhauer, der quer über den Damm fahren wollte, am linken Vorderrad und warf ihn um. Der Kutscher kam mit dem Schrecken davon, der Arbeitswagen dagegen wurde stark beschädigt und das Pferd schwer verletzt. Das Thier lag zwei Stunden später noch auf dem Pflaster, weil Charlottenburg noch keinen Abdeckerwagen hat, für die Fortschaffung also auf andere Weise mit großen Umständen gesorgt werden muß. — Auch in der Leipzigerstraße kam es gestern Vormittag zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen einem Bierfuhrwerk und einem Straßenbahnwagen. Der Zusammenstoß war so heftig, daß dem Straßenbahnwagen das Schutzblech der vorderen Plattform eingedrückt wurde. Die große Scheibe vorn an der linken Seite ging in tausend Scherben und Splitter. Die Fahrgäste erlitten, soweit sich feststellen ließ, keine nennenswerthen Verletzungen. Der Verkehr wurde durch den Unfall empfindlich gestört. Man giebt der Bremsvorrichtung des Straßenbahnwagens die Schuld an dem Unfall.

Gegen den wieder verhafteten Sparkassenbuch-Fälscher Tornack ist sofort eine neue Untersuchung eingeleitet worden. T. hat sich nach seiner Flucht aus der Irrenanstalt eine ganze Reihe neuer Verbrechen zu schulden kommen lassen. Wie seinerzeit festgestellt wurde, hatte sich der Sträfling von Herzberge aus nach Berlin gewandt, hielt sich jedoch, da ihm der Boden zu heiß wurde, hier nicht lange auf, sondern fuhr alsbald nach Magdeburg. Bald darauf hörte man von einem Hochstapler, welcher in Magdeburg, Braunschweig, Nordhausen, später in Hannover und Hamburg Hotels unsicher machte und nach mehrtägigem Aufenthalt ohne Zahlung der Zeche, häufig auch nach Verübung von Diebstählen, verschwand. Wiewohl aber die Spuren auf Tornack wiesen, gelang es doch nicht, des gefährlichen Verbrechers habhaft zu werden. Hier in Berlin hat sich T. zweifellos schon seit mehreren Wochen aufgehalten. Er wohnte in verschiedenen Hotels und änderte bei jedesmaligem Umzuge seinen Namen. Bei der Wahl des Namens nahm er sorgfältig darauf bedacht, daß er niemals sich denselben Namen beilegte, den er schon bei früheren Gelegenheiten geführt hatte. Bei dem Verbrecher, der sofort nach seiner Verhaftung dem Polizeipräsidium zugeführt wurde, wurden nicht unbedeutende Baarmittel vorgefunden. Der verschlagene Bursche markirte alsbald wieder den wilden Mann.

Eine große Ueberraschung wurde am Dienstag Abend den Anwohnern des Wittenberg-Platzes zu theil. Gegen 6 Uhr stieg plötzlich ein kräftiger Wasserstrahl aus dem Boden empor und erhob sich bis in die Höhe des dritten Stockes. Der Springbrunnen, der so unvermuthet sich zeigte, lockte eine große Menschenmenge an, bis die Feuerwehr die Quelle verstopfte. Der Verschluß eines Hydranten hatte sich gelöst. Ein Feuerwehrmann legte mehrere Paletots um, stürzte sich dann in den kalten Strahl hinein und legte den Deckel wieder auf.

Falsches Geld kursirt gegenwärtig in Berlin in großer Menge. Namentlich sind es Ein- und Zweimarkstücke, die bei Wirthen und anderen Geschäftsleuten untergebracht werden. Ein Wirth in der Lindenstraße hat innerhalb 2 Tagen drei falsche Geldstücke vereinnahmt. Die Markstücke tragen die Jahreszahl 1874, sind mangelhaft geprägt und infolge ihres Bleiglanzes unschwer als Fälschung zu erkennen. Schlägt man mit einem echten Geldstück gegen den Rand des Falsifikats, so springen von letzterem kleinere Stücke ab.

Von den aus dem Plötzensee-Strafgefängniß entsprungenen Verbrechern Max Gutzat und Fritz Schmoldt ist Schmoldt am Dienstag Nachmittag bereits wieder verhaftet worden. Von Gutzat fehlt jede Spur.

In der gestern von uns aus der „Volks-Zeitung" übernommenen Meldung über die fingirten Kammergerichtsberichte theilt uns der Herausgeber der „Kammergerichts-Korrespondenz", Herr Rob. Rosenthal, mit, daß die Nachricht auf seine Person nicht zutrifft.

Feuerbericht. Größere Brände waren in den letzten Tagen nicht zu verzeichnen. Mittwoch Nachmittag hatten sich Waldemarstraße 27 Braunkohlen im Keller entzündet, während gleichzeitig Wollinerstr. 65 ein kleiner Posten Petroleum Feuer gefangen hatte. Dienstag Abend waren zwei Tischlereibrände abzulöschen und zwar Fruchtstr. 65 und Lausitzerplatz 4. Hölzer, Hobelbänke, Werkzeuge, sowie der Fußboden wurden eingeäschert. Prinzenstr. 32 gingen Betten und Kleidungsstücke auf dem Hängeboden in Flammen auf. Eine umgefallene Petroleumlampe verursachte Seidelstr. 27 einen Zimmerbrand, bei dem hauptsächlich Decken und Kleidungsstücke zerstört wurden. Ein Alarm nach Alexanderstr. 44 betraf einen kleinen Kellerbrand.

Berliner Adreßbuch für 1899 erschienen. Der neue Jahrgang des im Verlage von August Scherl erscheinenden „Adreßbuch für Berlin und seine Vororte" gelangt vom heutigen Tage ab zur Ausgabe. Es kann in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeiger", Zimmerstr. 39/41, von heute ab bis einschließlich Sonnabend, den 10. d. M., täglich in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags von den Vorbestellern gegen Aushändigung der ihnen zugegangenen Legitimationskarten in Empfang genommen werden. Vom Montag, den 12. d. M., ab erfolgt die Zustellung der nicht abgeholten Bücher durch besondere Boten gegen eine Uebermittelungsgebühr von 10 Pf. pro Exemplar für Berlin und von 20 Pf. pro Exemplar für die benachbarten Vororte. Der Verkauf nicht vorbestellter Exemplare zum Ladenpreise von 10 M. (für das vollständige Buch in zwei Bänden) findet nur in der vorgenannten Hauptexpedition statt. — Seitdem das Adreßbuch im Verlag von August Scherl erscheint (seit 1896), ist es um 31 Doppelbogen gleich 496 Seiten erweitert worden. Sein Inhalt hat auch in diesem Jahre eine interessante Bereicherung erfahren, und zwar durch Erklärung der historischen Straßennamen Berlins. Von wesentlichem Nutzen wird ferner die Neuerung sein, daß bei jedem einzelnen Namen der Vorname, soweit dieser in die Hauslisten oder Firmenkarten eingetragen war, vollständig wiedergegeben ist.

Im Hörsaal der Urania wird heute, Donnerstag, Herr Professor Dr. Müller einen Vortrag über das interessante Thema: „Schutz- und Trutzfarben, eine Hauptstütze des Darwinismus" halten.

Die Direktion des Passage-Panoptikums theilt uns, auf vielfach an sie gerichtete Fragen mit, daß das Auftreten des Flammenweibes im abendlichen Variété-Programm um 8 Uhr und das des Verwandlungs-Schauspielers Ugo Paladini um 9 Uhr erfolgt.

Im Olympia-Theater ist gestern der Jugend ihr Recht geworden. Die Direktion führt zur Weihnachtszeit an den Mittwoch-, Sonnabend- und Sonntagnachmittagen das liebe Märchen „Dornröschen" auf. Die Verhältnisse einer Theaterbühne und namentlich einer solchen von der Riesengröße des Olympia-Theaters bedingen es, daß die Geschichte von der schlafenden Prinzessin nicht ganz so dargestellt wird, wie wir sie aus dem Grimmschen Buche kennen. Der von den zahlreich versammelten Kindern mit einiger Genugthuung hingenommene Umstand, daß nicht allein von den niederen Geistern, sondern auch von hohen Würdenträgern im Märchen stark berlinisirt wird, läßt vermuthen, daß der Umdichter den Schauplatz der Handlung in der Gegend der Panke sieht. Desgleichen erinnert die wahrhaft byzantinische Pracht, mit der das Stück ausgestattet ist, gleich den Motiven aus „Konstantinopel", die sich darin zerstreut finden, recht sehr an moderne Verhältnisse; und die Anlehnungen an „Menetekel", die zu allem anderen mehrfach auftauchen, ließen einen Zuschauer mit besonders feinem Geruch sogar vermuthen, daß der Verfasser der Weihnachtskomödie ein verschmitzter Kerl sei, der im harmlosen Märchen Gott weiß welche boshafte Anspielung an den Mann bringen wollte.

Unsere kleinen Zuschauer waren argloser und plagten sich nicht mit solchen Finessen. Sie ergötzten sich an den bunten Tänzen, an den farbenprächtigen Dekorationen und an den zum theil nicht ungeschickt auf die Harmlosigkeit des Kindergemüths zugeschnittenen Scherzen der Komödie. Ganz besonders erfreulich war es, daß die Direktion den Besuchern gestattet hatte, zu der Nachmittags-Vorstellung ein Kind frei einzuführen. Eine Anzahl Knaben und Mädchen, die auf andere Weise gewiß nie ins Theater gekommen wären, hatten sich diese Liberalität mit gutem Erfolg zu Nutze gemacht.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Die Mitglieder des Wahlvereins werden auf die heute Abend pünktlich 9 Uhr in „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstraße 39, stattfindende Vereinsversammlung aufmerksam gemacht. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Diskussion über das Thema „Taktik und Endziel. In anbetracht der Wichtigkeit des Thema's erwarten wir zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Der Kaiser in Potsdam. Ein Berichterstatter bringt folgende recht bezeichnende Mittheilungen: Für das Potsdamer Stadtschloß sind während des Aufenthaltes des Kaiserpaares in der Havelstadt ziemlich strenge und umfassende Absperrungs- und Bewachungs-Maßregeln getroffen worden. Denn während sonst dem Potsdamer Publikum das Passiren des Schloßhofes gestattet ist, und die Leute denselben im Gegensatz zu unseren Berliner Verhältnissen sogar Mittags beim Aufziehen der Wache betreten dürfen, ist derselbe jetzt für jedermann gesperrt. Alle Schloßeingänge sind mit Posten besetzt, welche ein Verweilen vor demselben nicht zu gestatten haben. Auf dem Hofe sind außerdem noch Patrouilleurposten und uniformirte Schutzleute aufgestellt, während Kriminalbeamte in Zivil das Schloß von außen überwachen. Neu ist übrigens für Potsdam ferner noch, daß von jetzt ab der Lustgarten, der alte historische Potsdamer Paradeplatz, so lange auf demselben Truppen exerziren, vom Publikum nicht überschritten werden darf.

Ein Gutsbezirk mit zwei Einwohnern ist der reichsfiskalische Gutsbezirk „Hasenhaide", wo nur ein Scheibenwärter (Vizefeldwebel) mit seiner Frau wohnt. Noch bei der letzten Volkszählung am 1. Dezember 1895 hatte der Gutsbezirk Hasenhaide 164 Einwohner, 56 männliche und 108 weibliche. Den größten Theil davon beherbergte das zum Gutsbezirk gehörende Elisabeth-Kinderhospital. Vor einiger Zeit ist aber der Gutsbezirk dadurch beträchtlich verkleinert worden, daß man nach der jetzt vollständig durchgeführten Bebauung der Südseite der Straße „Hasenhaide" diese und noch andere Theile von dem Gutsbezirk ablöste und der Gemeinde Tempelhof einverleibte, sodaß nur noch die eigentlichen Militärschießstände mit den genannten zwei Bewohnern übrig blieben.

Die Gemeindevertretung von Friedrichshagen hat beschlossen, vorläufig einen Schularzt anzustellen, dem die ärztliche Fürsorge für die Kinder nach deren Eintritt in die Schule übertragen wird. Der Schularzt wird sowohl für die öffentlichen wie für die Privatschulen thätig sein.

Der bei Spandau ermordete Handelsmann **Rühle** ist am Montag in Paaren, seinem Geburts- und Wohnort, beerdigt worden.

Gerichts-Zeitung.

Kunst oder Verbrechen war die Frage, welche die vierte Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Denso zu entscheiden hatte. Der Bildhauer J., ein talentvoller Schüler von Begas und Schaper, fertigt jene kleinen Bronzefiguren, die mit Vorliebe zum Schmucke der Salons verwendet werden, und bedarf hierzu kleiner Kinder als Modelle, die bald als Schäferin, bald als Pompadour, bald als liebliche Göttin der Ernte mit dem goldenen Rechen in der Hand sich zeigen. Es war nun der Verdacht entstanden, daß J. diese und andere Kinder, die als Spielgefährtinnen seiner eigenen kleinen Kinder in seine Wohnung und sein Atelier kamen, unsittlich berührt habe und er war deshalb wegen Verbrechens gegen § 176 Straf-Gesetz-Buches in Haft genommen. Zu dem Termin war eine ganze Gallerie niedlicher kleiner Mädchen als Zeuginnen geladen, die ängstlich des Aufrufs des Gerichtsdieners harrten, zu dem sie kaum emporblicken konnten. Da die Kleinen dem Angeklagten theilweise sehr belasteten, beantragte der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängniß, während Rechtsanwalt Dr. Werthauer vom menschlichen und künstlerischen Standpunkte aus eindringlich darauf hinwies, wie leicht bei so jugendlichen Zeugen ein Verkennen möglich sei, wenn die Arbeit ernsten Strebens und ernster Kunst Bewegungen, Gliedrichtungen u. s. w. verlange, die für Dritte vielleicht bedenklich erscheinen. Der Vorsitzende verkündete nach längerer Berathung des Gerichtshofes, daß dem Angeklagten keine böse Absicht nachgewiesen und deshalb auf Freisprechung erkannt sei. Der Angeklagte wurde sofort aus der Haft entlassen.

Die Angelegenheit des Steuererhebers Drinkmann, die schon mehrfach die Gerichte beschäftigt hat, ist jetzt in ein neues Stadium getreten. Drinkmann war, wie noch in Erinnerung sein wird, im Jahre 1896 wegen Verleitung zum Meineide zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden. Nach Verbüßung eines Theiles seiner Strafe wurde er vorläufig aus dem Zuchthause entlassen, weil die Hauptbelastungszeugin, eine Prostituirte Pieck, geständig war, mit der Beschuldigung einen Meineid geleistet zu haben. Die Folge dieses Geständnisses war ein Meineidsprozeß gegen die Pieck und zwei andere Frauen, die Schwurgerichtsverhandlung endete aber mit Freisprechung der sämmtlichen Angeklagten. Nunmehr schien Drinkmann's Sache verloren und seine Rückkehr ins Zuchthaus unvermeidlich. Gleichwohl wiederholte R.-A. Dr. Schwindt einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens mit der Behauptung, daß, obwohl nach der Freisprechung ein Meineid und damit also die Voraussetzung des § 399² nicht vorliegt, doch in dem Geständniß der Pieck, sie habe einen Meineid geleistet, eine neue Thatsache im Sinne des § 399⁵ zu finden sei. Das Landgericht war entgegengesetzter Ansicht und lehnte den Wiederaufnahme-Antrag ab. Auf sofortige Beschwerde des Vertheidigers hat sich das Kammergericht der Auffassung desselben, daß trotz der Freisprechung der Pieck ihr Geständniß eine neue Thatsache sei, die geeignet erscheine, die Freisprechung des Drinkmann zu begründen, angeschlossen und die Erneuerung der Hauptverhandlung angeordnet. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß die Vollstreckung der Strafhaft weiter unterbrochen bleibe.

Eine für Drogisten wichtige Verhandlung fand gestern vor der 132. Abtheilung des Schöffengerichts statt. Zu dem Drogisten T. war eines Tages eine Frau gekommen mit einem Rezept, welches angeblich für eine Frau K. verschrieben war. Der Drogist fertigte das Rezept an und zog sich dadurch eine Anklage wegen unbefugter Ausübung des Apothekergewerbes zu. Der Angeschuldigte behauptete im Termine, daß er in der Frau, die das Rezept überbrachte, recht wohl eine seit vielen Jahren für die Polizei beschäftigte Agentin wiedererkannt habe. Er habe auch sofort gewußt, daß er auf die Probe gestellt werden solle und es unter diesen Umständen nicht für strafbar gehalten, die Arzenei anzufertigen. Der gerichtliche Sachverständige, Apotheker Lebbin begutachtete, daß das Rezept über eine säuerliche Limonade lautete, wovon alle zwei Stunden zwei Eßlöffel voll genommen werden sollten. Daß dies eine zu Heilzwecken dienende Arznei sei, unterliege keinem Zweifel. Der Staatsanwalt hielt den vom Angeklagten erhobenen Einwand für unglaubwürdig und beantragte gegen ihn eine Woche Haft. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Sonnenfeld, führte zunächst aus, daß von einer „gewerbsmäßigen" Ausübung des Apothekergewerbes nicht die Rede sein könne, da es sich nur um einen einzigen Fall handle. Aber auch wegen Uebertretung der kaiserlichen Verordnung vom 27. Januar 1890 müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Es stehe in der Verordnung, daß eine Menge namhaft gemachter Artikel von Drogisten nicht zu Heilzwecken abgegeben werden dürfe. Nun habe der Angeklagte aber recht gut gewußt, daß das bei ihm bestellte Arzneimittel nicht zu Heilzwecken, sondern nur dazu dienen solle, ihn einer Uebertretung zu überführen. Daß die Abgabe zu diesem Zwecke strafbar sei, davon stehe im Gesetz nichts. Man dürfe sich wirklich nicht darüber wundern, daß der Angeklagte sich einen derartigen Scherz mit der Polizei gemacht habe. In Drogistenkreisen bestehe eine heftige Erbitterung gegen die Polizei, weil dieselbe sich nicht damit begnüge, geschehene Strafthaten zu ermitteln, oder beabsichtigte vorzubeugen, sondern im Gegentheil die Drogisten durch die Agentinnen auf die Probe stellen lasse.

Der Gerichtshof erkannte an, daß der Angeklagte die Arznei „nicht zu Heilzwecken" abgegeben habe, was allein mit Strafe bedroht sei und fällte deshalb ein freisprechendes Urtheil.

Sittlichkeitsverbrechen. Die achte Strafkammer des Landgerichts I verurtheilte gestern den Tischler Franz Schulz wegen wiederholten Sittlichkeitsverbrechens gegen seine eigene 16jährige Tochter zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte ist Wittwer und hatte nach dem Tode seiner Frau das Mädchen aus dem Dienst und zu sich genommen.

Auch ein Beitrag zum Kapitel Gesindesklaverei: Das Landgericht I in Berlin hat am 16. September den Justizrath a. D. Richard Kitz wegen Körperverletzung zu 10 M. und wegen Nöthigung zu 150 M. Geldstrafe verurtheilt. Er hatte an die Zeugin Schulz, welche als Amme bei ihm in Stellung war, eine unsittliche Zumuthung gestellt. Diese verließ darauf ohne Kündigung den Dienst. Am Mittag kam sie wieder, um einige zurückgebliebene Gegenstände zu holen. Ihre Frage, ob der Herr Justizrath zu Hause sei, wurde von der Ehefrau desselben verneint. Kaum war sie jedoch im Zimmer, so trat Herr Kitz ihr entgegen. Beide Eheleute verlangten dringend 20 M. als Ersatz für nothwendige Auslagen infolge ihres plötzlichen Weganges. Als das Mädchen erklärte, soviel besitze sie nicht, nahmen die Eheleute Kitz ihr das Cape und den Sonnenschirm fort und verlangten die Herausgabe ihres Portemonnaies. Die Schulz zog dieses schließlich heraus und der Angeklagte schüttete den Inhalt desselben (3,25 M.) auf die Nähmaschine. Hierbei versetzte er der Zeugin einen heftigen Stoß an die Schulter und sagte: „So, nun scheeren Sie sich raus!" Darauf erst konnte die Schulz sich unter Zurücklassung ihrer Sachen und ihres Geldes entfernen. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte als Jurist sich der Widerrechtlichkeit seiner Handlungsweise bewußt war. Ein Züchtigungsrecht gegen die Schulz habe er nicht besessen, da sie aus einer gesetzlich begründeten Ursache den Dienst bei ihm bereits aufgegeben hatte. — In seiner Revision bestritt der Angeklagte das Bewußtsein der Widerrechtlichkeit. Da die Schulz sich nicht geweigert habe, den Schaden zu ersetzen, so habe sie das gewollt, wozu sie nach Ansicht des Gerichts genöthigt sein solle. Er bestritt ferner, gewußt zu haben, daß sie den Dienst bereits verlassen habe und folgerte daraus seine subjektive Berechtigung zur Züchtigung der Dienstperson. — Das Reichsgericht verwarf in der gestrigen Sitzung die Revision als unbegründet.

Zum Tode verurtheilt wurde vom Schwurgericht Halle der bisher unbestrafte 23jährige Schmiedegeselle Georg Schmah, der am 13. November bei Dahme eine alte Frau erschossen hatte und den Arbeiter Hohn zu erschießen versuchte, als dieser ihn an der Ausführung eines Eigenthumsvergehens hindern wollte.

Versammlungen.

Im Berliner Arbeitervertreter-Verein erstattete Simanowski am Dienstag Bericht über seine Thätigkeit als Mitglied des Vorstandes der Alters- und Invalidenversicherungs-Anstalt Berlin während der letzten beiden Jahre. Der Redner hat sich im Jahre 1897 betheiligt an 6 Vorstandssitzungen, 4 Revisionen in Gütergotz, 6 Kassenrevisionen, 4 Ausschußsitzungen, 68 Recherchen wegen Familienunterstützung solcher Personen, die in Krankenbehandlung der Anstalt sind. 1898 hat Redner theilgenommen an 7 Vorstandssitzungen, 6 Kassenrevisionen, 7 Revisionen in Gütergotz, einer in Görbersdorf, 69 Recherchen wegen Familienunterstützung, und 6 Ausschußsitzungen. Hierbei bemerkte Redner, ein dem Ausschuß angehörender Arbeitgeber Ravene, der zu einer am Abend einberufenen Sitzung nicht erschien, wurde deswegen vom Vorstand in Strafe genommen, vom Reichs-Versicherungsamt aber freigesprochen mit der Begründung, daß man dem Herrn nicht zumuthen könne, des Abends an einer Sitzung theilzunehmen. Eine größere Arbeit ist dem Vorstande durch den Bau der Heilanstalt in Beelitz erwachsen. Es haben in dieser Angelegenheit drei Konferenzen stattgefunden, zwei Sitzungen einer Subkommission, drei Sitzungen einer Baukommission, welcher der Redner ebenfalls angehört. Die Arbeitervertreter haben es durchgesetzt, daß die beim Bau der Anstalt beschäftigten Arbeiter nicht länger als 9 Stunden täglich arbeiten, und den Maurern 60 Pf., den Steinträgern 45—75 Pf., den Lehrlingen nicht unter 25 Pf. Stundenlohn gezahlt wird. — Auf eine Anfrage bemerkte der Redner, von der Anstalt in Beelitz sei gegenwärtig ein Häuserblock im Bau begriffen, im kommenden Frühjahr würden aber alle vier Blocks gleichzeitig in Arbeit genommen.

Als Kandidaten für die bevorstehende Neuwahl von Arbeitnehmern zum Vorstand der Alters- und Invaliditäts-Versicherungsanstalt wurden aufgestellt: Simanowski und Woldersli als Ersatzmänner: Püschel und Ahrens.

Hierauf trug Dähne einige neue Entscheidungen des Reichs-Versicherungsamtes vor, woran sich eine rege Diskussion knüpfte. Es wurde unter anderem bemerkt, daß das Reichs-Versicherungsamt öfter Revisionssachen in die Vorinstanz zurückverweisen müsse, weil die betreffenden Schiedsgerichte in der Beweiserhebung nicht gründlich genug zu Werke gegangen sind. Das gelte auch betreffs des Berliner Schiedsgerichts, und deshalb müsse man den Arbeiterbeisitzern desselben empfehlen, auf eine gründliche Beweiserhebung in zweifelhaften Fällen hinzuwirken.

Die Maurer hielten am Dienstag bei Keller, Koppenstraße, eine von etwa 2500 Personen besuchte Versammlung ab, in der der Verbandsvorsitzende Th. Bömmelburg aus Hamburg die Frage: Welches müssen die Bestrebungen und die Ziele der deutschen, besonders der Berliner Maurer für die Zukunft sein? erörterte. Der Redner erinnerte eingangs seiner Ausführungen an die verschiedenen Perioden der deutschen Maurerbewegung, an die stattgefundenen Kämpfe und deren Erfolge und kommt hierbei zu dem Schluß, daß die Fachvereins-Bewegung, die von dem Jahre 1882 bis 1890 andauerte, wohl Errungenschaften aufzuweisen hat, aber angesichts der Thatsache, daß in finanzieller Beziehung die Bewegung nur von einigen größeren Städten gestützt wurde, wegen Mangels an den nothwendigen Mitteln für den größten Theil der Orte sehr wenig und für sehr viele gar nichts erreicht werden konnte. Als völlig unzutreffend habe sich die Meinung erwiesen, daß die Verbandsorganisation, welche die Fachvereine ablöste, weil sie größere Anforderungen an ihre Mitglieder stellte, die Maurerbewegung zu grunde richten würde. Das Gegentheil sei eingetreten, denn besonders in den letzten Jahren hat sich die Maurerbewegung außerordentlich vortheilhaft entwickelt und niemals sei sie so stark an Zahl und auch an innerer Festigkeit gewesen, als dies gegenwärtig der Fall wäre. Der Verband, der zur Zeit über 65 000 zahlende Mitglieder aufzuweisen hat und durch seine verschiedenen Einrichtungen bestrebt ist, die Mitglieder in jeder Hinsicht zu bilden, hat, besonders auch durch seine finanzielle Leistungsfähigkeit, in den Lohnkämpfen großartige Erfolge zu verzeichnen. Der Redner theilte sodann das vorläufige Ergebniß der Lohnbewegung im Jahre 1898 mit. Darnach sind in diesem Jahre bisher in 190 Orten, wo Verbands-Filialen bestehen, Forderungen von den Maurern an die Unternehmer gestellt worden. Von diesen 190 Orten haben in 105 Orten Verhandlungen der Arbeiter und Unternehmer stattgefunden. Dadurch wurde in 79 Orten eine völlige und in 10 Orten eine theilweise Einigung erzielt. In 16 Orten wurde eine Einigung nicht erzielt, weshalb in 12 davon die Arbeiter zur Erringung der Forderungen in den Streik getreten sind. In 85 Orten haben die Unternehmer jegliche Verhandlungen abgelehnt, aber in 25 Orten davon die Forderungen der Arbeiter vollständig und in acht theilweise bewilligt. Während in 22 Orten die Arbeiter ihre Forderungen vorläufig zurückstellten, sind sie in den übrigen dreißig mit Erfolg in den Ausstand getreten. Der Redner verweist auf die statistische Zusammenstellung über die Arbeitszeit und die Löhne der Maurer in den verschiedenen Orten Deutschlands, woraus sich ergiebt, daß die Arbeitszeit vielfach noch eine verhältnißmäßig lange und die Löhne demgegenüber sehr niedrige sind. Durch die Berufszählung ist im weiteren festgestellt, daß nur ein geringer Prozentsatz der Maurer ein hohes Lebensalter erreicht. Demnach sei für die Maurer alle Ursache vorhanden, auf die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen bedacht zu sein, zumal an ein Selbständigwerden die Arbeiter im Baugewerbe, abgesehen von vereinzelten Ausnahmen, nicht denken können. Der Redner wendet sich gegen die geplante Beschränkung des Koalitionsrechts und gegen die von der Regierung in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage, durch die die ruhige Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung gefährdet ist. Nachdem der Referent noch an die Beschlüsse der Unternehmer bei ihren Verhandlungen in Leipzig, Breslau, Hannover u. s. w. erinnert, die allesammt den Zweck haben, die Arbeiter rechtlos zu machen und mit den brutalsten Maßregeln deren Organisationen zu vernichten, giebt er einen Ueberblick über das Stärkeverhältniß der sich gegenüber stehenden Unternehmer- und Arbeiterorganisationen. Nach dieser Aufstellung sind im ganzen Reich 6000 baugewerbliche Unternehmer, das sind 14,04 pCt., organisirt. Demgegenüber sind die Maurer zu 20 und die Zimmerer zu 16 pCt. organisirt. In der Provinz Brandenburg ist das Verhältniß für die Arbeiter noch günstiger. Hinzu kommt noch, daß eine bedeutende Anzahl Personen den Unternehmerorganisationen angehört, die keine Arbeiter beschäftigen. Der Redner rekapitulirt seine Ausführungen dahin, daß nur eine starke und mächtige Organisation, in der sich die Arbeiter fest zusammenschließen, im stande sei, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Geltung zu verschaffen. Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen sehr interessanten Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der von mehreren Rednern aufgefordert wurde, die Wintermonate zur regen Agitation für den Verband und für den inneren Ausbau der Organisation zu wirken. Bekannt gegeben wurde noch, daß die Sammelkarten vom 12. Dezember ab mit einem Schlußstempel versehen werden und am Donnerstag, den 15. Dezember bei Keller, Koppenstraße, eine allgemeine Bauhandwerker-Versammlung, die sich mit den Mißständen auf den Bauten beschäftigen wird, stattfindet. Hierauf erfolgte der Schluß der imposanten Versammlung mit einem begeisternden Hoch auf den Zentralverband.

Arbeiter-Bildungsschule. Luisenhof, Buckowerstr. 9, II. **Donnerstag:** Gesetzeskunde. Zivilprozeß, Handelsrecht, insbesondere das neue Recht der Handlungsgehilfen, Strafrecht, Strafprozesse, ev. Gewerberecht. Vortragender: Rechtsanwalt Roth. Beginn der Vorlesungen pünktlich um 9 Uhr abends bis 10½ Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Unterrichtsabenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Unterrichtsgeld per Fach und Kursus (zehn Abende) 1 M. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Tempelhof-Berlin, Berlinerstraße 36, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, Berlin S. 59, Dieffenbachstr. 30, zu senden. Der Vorstand.

Zentralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands. (Mitgliedschaft Berlin.) Sitzung heute abends 8½ Uhr bei Schiller, Rosenthalerstraße 57. Vortrag des Herrn Dr. Wolheim über „Menschenrecht und Menschenpflicht". Gäste willkommen.

Berliner Naturheilverein II. Heute, abends 8½ Uhr im Saale des Vereins junger Kaufleute, Beuthstr. 20: Vortrag des Herrn J. Groll. Gäste, nur Herren, haben Zutritt.

Naturheilverein NO. Heute abends 8½ Uhr, Landsbergerstr. 37: Vortrag des Herrn Lehrer Reinh. Gerling: „Die Nervosität, Entstehung, Verhütung und Heilung." Damen und Herren willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.

O. W. S. 10. Wenden Sie sich an einen Arzt. — **F. K. 78.** Sind keine Gewerbegehilfen. — **J. P. Belzig.** Wenn Ehefrau oder eheliche Kinder vorhanden sind, nein. — **W. H.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **H. B. 28.** 1. Ja. 2. Auf die ganze Schuld. 3. Nein. — **E. L. 50.** Sie, aber mit Vollmacht. — **M. p.** Nein. Von etwa 10 bis 6. Sonntags nicht. — **P. T. 24.** Kommt ganz darauf an, was im einzelnen Falle für Akte nöthig waren und vorgenommen sind. — **O. W.** 3 Jahre. — **Mitichke.** Nicht mehr vorhanden. — **S. 24.** Ja. — **W. H. 38.** Kann fahrlässige Körperverletzung sein. — **H. Z. 73.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **J. L.** Der Betreffende kann reklamiren, zunächst aber läßt sich nichts machen. — **C. L. 500.** Es bleibt hier nur die Zivilklage auf Schadenersatz übrig. — **Friedenau.** Kommen Sie in die Sprechstunde. — **H. R.** Richten Sie Antrag an die Reichs-Invalidenanstalt Berlin, Klosterstraße und kommen Sie mit dem Ihnen zugehenden Bescheid in die Sprechstunde. — **A. Z.** 1. Nein. 2. 1 Tag 6 Monate. 3. Unter allen Umständen verboten. 4. Sofort. 5. Sofort. 6. 10 Monate. 7. Den Namen des Ehemannes, solange dieser nicht die Illegitimitätsklage anstrengt.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 8. Dezember 1898.

Zunächst etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen westlichen Winden, nachher aufklarend und etwas kühler.

Berliner Wetterbureau

Witterungsübersicht vom 7. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5° C. = 4° R.
Swinemde.	752	SSW	4	wolkig	5	Haparanda	737	ONO	2	Schnee	−10
Hamburg	760	SW	4	bedeckt	8	Petersburg	756	SO	3	Regen	−0
Berlin	764	SSW	3	heiter	2	Cork	756	W	4	hlb. bed.	7
Wiesbaden	756	SO	1	bedeckt	2	Aberdeen	747	SW	5	heiter	4
München	768	NO	2	wolkenl.	−4	Paris	765	SSO	2	bedeckt	3
Wien	771	S	2	Nebel	2						

Adreßbuch

für Berlin und Vororte

1899

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeiger", SW., Zimmerstraße 39/41, zu den bekannten Preisen ausgegeben.

August Scherl.

Verpfändet gewesene

goldene, silberne Remontoir-Uhren mit schweren Gehäusen und feinsten Werken unter zweijähriger Garantie, Regulateure, goldene Ketten, Ringe, Brillant-Ringe, Ohrringe, Broches, Nadeln, Armbänder, alles in modernsten Façons, verkauft spottbillig

Concess. Leihhaus
Neue Schönhauserstr. 11, I.

Wer will billige Weihnachts-Geschenke kaufen? Durch Einkauf von großen Posten a. Auktionen u. v. Konkursmassen verkaufe ich von heute ab: Hochelegante Winter-Paletots von 9 M. 50 Pf. an. Hohenzollern- und Pelerinen-Mäntel von 5 M. 25 Pf. an. Kaiser-Mäntel und Joppen von 6 M. 75 Pf. an. Hochfeine Rock- und Jaquett-Anzüge von 12 M. 50 Pf. an. Leder- u. Arbeitshosen zu 2,35 M. Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jaquetts, Westen, Hosen u. Röcke in allen Größen, Knaben- u. Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Reißzeuge, Teschings, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulateure, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. [0212D*

zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Waarenhaus,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Betten, Steppdeck., Gard., Portièren, Stores, Wäsche, Waschbecken. **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulatoren, Remontoiruhren, Operngläser verk. spottb. Pfandleihe Neanderstraße 6.

Uhren.

Goldene Damenuhren	20 M.	bis	200 M.
Goldene Herrenuhren	35	" "	600 "
Silberne "	12	" "	60 "
Nickeluhren	6	" "	12 "
Regulateure	14	" "	75 "

Moderne Freischwinger- u. Renaissance-Uhren, sowie **Wecker** und **Stutzuhren** empfiehlt Uhrenfabrik **Max Busse**
Brunnenstr. 175, parterre und I. Etage.

Für jede dieser Uhren wird schriftlich 3 Jahre garantirt. Niederlage von A. Lange Söhne, Glashütte.

Schonung der Pferde
Sicheres Fahren u. Reiten
auf glatten Wegen (Eis, Schnee, Asphalt, Holz etc.) kann nur erreicht werden durch Benutzung der
Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)
Stets scharf! Kronentritt unmöglich!
Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, ist jeder einzelne unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke versehen, worauf man beim Einkauf achten wolle.
Schutz-Marke. L C°
Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.
Patent-Inhaber und alleinige Fabrikanten:
Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.

Möbel auf Theilzahl. Oranienstr. 131. Koulante Zahl.-Bed. **H. & M. Lewent.** Beamten ohne Anzahl.

Möbel auf Theilzahlung **J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26.**

Bevor Sie kaufen lassen Sie sich meine Preislisten gratis und franko über [28/8* **Musikwerke, Uhren oder Goldwaaren** kommen. **Gebr. Hopke, Leipzig-Gohlis,** Lindenthalerstr. 22.

Blousen für Maler, Bildhauer, Optiker, Mechaniker u. ähnliche Berufe zum Schutz d. Kleidung zu 1,50, 1,75, 2,25 ꝛc. **Blousen-Fabrik** Louis Rosenthal, Kurze-Straße 4, 1 Treppe, dicht a. Alex.-Platz

Grünkramgeschäft, gutgehend, umständehalber billig zu verkaufen. **Krautstr. 35a.** 25825

Großer Möbelverkauf
Neue Königstr. 59.
In meinem großen Möbelspeicher bietet sich Brautleuten die schönste Gelegenheit, ganze Einrichtungen, auch einzelne Gegenstände, recht billig einzukaufen. Besonders zu empfehlen ist der große Vorrath verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, welche fast neu sind und zu ermäßigten Preisen abgegeben werden. Durch größere Massen-Einkäufe bin ich im Stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mk., hochelegante von 500—5000 Mk. zu liefern. **Theilzahlungen unter den koulantesten Bedingungen.** Die Möbel können kostenfrei 3 Monate lagern, werden durch eigene Gespanne transportirt.

Ausschneiden! **?** 5% Rabatt!
Warum verdient die Privat-Zahn-Klinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
Ausschneiden! **!** 5% Rabatt!
Weil sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.
Spezialität: Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen.

Oskar Raeder
37, Oranienstr. 37.
Stahlwaaren u. Werkzeuge bester Qualität, spez. für **Buchbinder, Lederarbeiter, Sattler, Töpfer, Stuckateure u. Former.** Große Auswahl in **Scheeren, Tisch- u. Taschenmessern, Wirthschafts-Gegenständen** und **Schlittschuhen. Reparatur-Werkstatt mit Kraftbetrieb.** 2548*

Strickwolle
pr. Kammgarn Pfund 1,95, Extraprima 2,35, Eiderwolle 2,70. Muster gratis.
Eberhardt, [3290*
Stralauer Platz 6/7, parterre.

Bei Herrn **M. Behrendt,** Destillation, Elsasserstr. 71: [25756
Verloren
am 6 November, abends nach 11 Uhr, ein **gold. Reifarmband** mit verziertem Aufsatz mit Stein. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe **anonym,** unter **Diskretion,** gegen 15 M. Belohnung abzugeben bei
M. Behrendt.

Flora-Säle,
17 Weberstr. 17. 317L
Sonntags zu vergeben. **Nieft.**

Haben Sie
schon Ihren Bedarf in
Christbaumschmuck
für Weihnachten gedeckt?
Wenn nicht, so versäumen Sie nicht, sich ein Kistchen mit 10 Karton fein sortirt, als **Fische, Leuchtkugeln, Ueberspونnenes, Naturfrüchte, Vögel, Glocken, Perlen, Weihnachtsmann, Tannen- und Eiszapfen,** eine schöne **Baumspitze** u. s. w. für nur **Mk. 5,30** bei franko Zusendung zu sichern.
Auch giebt es Sortimentskistchen zu **Mk. 10.—** bei franko Zusendung. Zur Weiterempfehlung lege 1 Packet Lamettaschaum u. 12 Lichterhalter bei.
Lauscha in Thg. 81/5*
Karl Köhler, Schw. M.

Möbel, baar u. Theilzahlung, **billigst Frankfurter Allee 110 I,** Ecke Königsbergerstr.

Große Betten 12 M.
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen) mit gereinigten neuen Federn bei **Gustav Lustig, Berlin S.,** Prinzenstraße 46. Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungsschreiben.**

Christbaum-Konfekt, reizende Neuheiten, **nur** genießbare Waare. 1 Kiste, Inhalt ca. 420 Stück, 2,80 M. 1 Kiste, Inh. ca. 270 große Stücke, 3 M. **Siegfried Brock,** Berlin, Gollnowstr. 10 A. 105/4*

50 pCt. unt. Ladenpreis kauft man Uhren, Goldsachen, Brillanten ꝛc. im Leihhaus **H. Graff,** Beuthstr. 5, I. [2868*

Vereinszimmer mit Piano zu vergeben Stallschreiberstr. 58. [25815

!! Montag !!
Dienstag Rester-Verkauf zu Knabenanzügen, v. Herrenanzügen übrig, spottb. Schneiderei Engel, Münzstr. 26, p.

Angeschmutzte Damenhemden m. hübsch. Handstickerei, Reisemuster, sonst tadellos, von 1,10 M. an, so lange Vorrath. Handstickerei-Wäschefabrik **Donig, Alexanderstr. 30, Vorderh. 1 Tr.**

Arbeitsmarkt.

Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
Fork, Kretzschmar & Co.
Barnimstr. 13,
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämmtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
108 **Die Ortsverwaltung.**

Geübte **Karton-Arbeiterin** verlangt **Kastanien-Allee 26.**

Tüchtige Versilberer auf Barockkanten sofort verlangt bei **Neumann, Hennig u. Co.,** 25745] SO., Zeughofstr. 21.

Eine **Bielefelder Wäschefabrik** sucht zur Kontrolle ihres Betriebes auf einige Tage einen erfahrenen
Waschmeister.
Gefl. streng diskret behandelte Offerten werden unter Chiffre S. 354 an die Expedition des **Bielefelder Tageblattes** erbeten. [25806

Tüchtigen Farbigmacher per sof. verlangt E. Foers, Stallyerstr. 38.

Plätterinnen auf Stehkragen u. Umlegekragen in und außerm Hause sucht M. Treppe, Schönhauser Allee Nr. 167a, Fabrikgeb. 4 Tr. [25776

Taillen-Arbeiterinnen verlangt **Dürre,** Zossenerstr. 37. 25785

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 8. Dezember.

Opernhaus. Bajazzi. Cavalleria rusticana. Anf. 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Romeo und Julia. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Röhl. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Mamselle Taurbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Holzgunst. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Der Freischütz. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Hypotheken-Schuster. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Das vierte Gebot. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Die Blumen-Mary. Hierauf: Die Sünden der Frauen. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
Luisen. Fröhliche Weihnacht. Anf. 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Stedinger. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Gewonnene Herzen. Anf. 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Doppelgänger. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Auch ein Fall Grünenthal. Anfang 8 Uhr.
Parodie. Tugend. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechselungsweise „Die Urzeit des Menschen" und „Quer durch Oesterreich".
Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5–10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panopticum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Donnerstag 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Freitag 8 Uhr: Zum 1. Male:
Ehrliche Arbeit.
Sonnabend 8 Uhr:
Ehrliche Arbeit.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha
oder: Eine japanische Theehaus-Geschichte.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 11. Dezember, nachm. 3 Uhr, zu halben Preisen:
Der Vogelhändler.
Operette in 3 Akten von Carl Zeller.

Ostend-Carl Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr:
Gewonnene Herzen
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von H. Müller.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** Freitag: Zum 25. Male: **Onkel Jonas.** Sonnabend: **Die Grille.** Sonntag: **Gewonnene Herzen.** — In Vorbereitung: **Der Brandstifter.** Großes sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang von Okonkowsky.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Gastspiel Helmerding.
Der Hypothekenschuster
Posse mit Gesang in drei Akten von Leopold Ely.
Musik von Cornelius Schüler.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Zum 21. Male:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von C. Weinberger.
Hierauf (um 10¾ Uhr):
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet-Divertissement.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Am 1., 2. u. 3. Weihnachtsfeiertag, nachm. 3 Uhr: **Großes Militär-Promenaden-Konzert.**

W. Noack's Theater

Brunnenstr. 16.
Heute Donnerstag, den 8. Dezember:
Kabale und Liebe.
Schauspiel in 5 Akten von Schiller.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
Morgen Freitag:
Das Glöckchen von Birkenstein
Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Ewers.

Urania

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Die Urzeit des Menschen.
Im Hörsaal:
Professor Müller:
Darwinismus und Descendenz.
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**

Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6 bis 10 Uhr: **Théâtre variété.**
Um 8 Uhr: **Das Flammenweib.**
Um 9 Uhr: Der Verwandlungs-Schauspieler **Ugo Paladini.**

Castan's Panopticum.

Die
SIOUX-INDIANER
sind da!

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr: Zum 1. Male:
Fröhliche Weihnacht!
Donnerstag, den 15. Dezember:
Mit hoher Genehmigung Sr. Excellenz des General-Intendanten der königl. Schauspiele Herrn Grafen von Hochberg unter gefälliger Mitwirkung des kgl. Schauspielers Herrn **Adalbert Matkowsky** zum Besten der Weihnachtsbescheerung der Aermsten der Armen des Louisenstädtischen Bezirkes
Zum 1. Male:
Kean oder Genie u. Leidenschaft
Kean: Herr Adalbert Matkowsky.
Lustspiel in 5 Aufzügen frei nach dem Französischen des Alex. Dumas (Vater) von Ludwig Barnay.
Billet-Vorverkauf an der Theaterkasse von 11–1 Uhr.

Olympia-Theater

Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
Abends 8 Uhr: Zum 80. Male:
Mene Tekel.
Jeden Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Nachmittag 3½ Uhr:
Dornröschen.
Halbe Preise. 1 Kind frei.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hütt.
Täglich: Grosses Konzert der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Kluck.
Das neue großartige November-Programm.
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr. Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Reichshallen.

Stettiner Sänger

(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)
Zum Schluß, neu:
Pepita vor Gericht.
Neuestes Ensemble von Meysel.
Anfang präzise 8 Uhr.
Entree: Parquet durchweg 50 Pf. (Vorverkauf 40 Pf.) Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1.— Mark. Orchester-Loge 1.50 M. Fremden-Loge 2 M. Tageskasse 11–1 Uhr.
Die numerirten Billets sind stets 8 Tage lang vorher zu haben.

Reichshallen-Restaurant.
Mittag- u. Abend-Konzert.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bairischbier-** und **gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20–50 Personen. *
H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Apollo-Theater.

ROSALIA LAMBRECHT
Carmencita
5 Sisters Lorrisons
La Foy,
Kasseneröffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.

Feen-Palast-Theater

Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Neues Dezember-Programm.
Ueberlé, Akrobatentruppe.
Hugo Schulz, Komiker.
Wienecke, Zwerg-Theater.
Gebrüder Taylors, Excentrics.
Der erfolgreiche Mimiker
Carl Jörgensen.
Sensationell! Fürst Bismarck vom Jüngling bis zum Alten in Friedrichsruh.
Neu! Das Neu!
Blumenmädchen vom Hacke'schen Markt
Volksstück m. Gesang v. Eißner.
Clodewig Reike: Wilh. Fröbel.
Carl Werner: Rich. Winkler.
Anfang 7½, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Alcazar-Theater

Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: **Richard Winkler.**
Neu! Neu! Neu!
Kanonenfutter.
Schwank in 3 Akten v. Jul. Rosen.
In Szene gesetzt von Otto Wendt.
Dazu:
Das gesammte neu engagirte Spezialitäten-Personal
in ihren
Glanznummern.
Anfang: Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree: Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbilletts haben Giltigkeit.

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
Dresdener-Straße 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge
Täglich:
Gr. Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Novität! Novität!
Die Bräutigamsprobe.
Orig.-Schwank v. H. Carlos-Duchow.
In Szene gesetzt von August Runge.
Neu! Der Vampyr. Neu!
Neu! Otto Richter, Neu!
der dicke Liebling der Berliner.

Concerthaus.

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Landwehrmanns Weihnacht
und Jacques Offenbach's Operette
Insel Tulipatan
Vereinsbilletts Wochentags giltig.

Moabiter Gesellschaftshaus,

Alt-Moabit 80-81.
Empfehle meinen neuen Saal, 1500 Pers. fass., zu Versammlungen u. Ball.
Sonntags: Großer Ball.
C. Peters.
2789*

Mähr's Theater

Oranienstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Hilda Lucas. Grete Gastani 2c.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.

A. Frankl's Théatre Variété

Köllnischer Fischmarkt 6.
Grosse
Spezialitäten-Vorstellung.
Neues
Dezember-Programm.
Auftreten der russ. Fürstin
von Dragomann.
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

Täglich ausgeschlachtet 25, 30, 40; Blatt 50, Keule und Rück. 70 u. 80.
Hirschfleisch Oderbrucher
Hasen – Gänse 50 u. 55 Pf.
gr. blutfr. von 2.50 M. an, gespickt 3.— M. **Kaninchen 70 Pf.**
A. Ritschl, Dresdenerstraße 61. Wild- u. Geflügelhdl.

Freie Volksbühne.

Sonntag, Nachmittag 2¾ Uhr: V. Abtheilung: Friedr.-Wilhelmstädtisches Theater: **Liebelei** und **Lumpenbagasch.**
III. Abtheilung: Lessing-Theater: **Nora.**
Nachzügler anderer Abtheilungen haben am Sonntag keinen Zutritt.
Mitglieder zur VI. Abtheilung werden in allen Zahlstellen aufgenommen. [231/7] **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 11. Dezember, abends 7½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Vortrag des Herrn Professors Gehrke über: „Ein Gang durch die Kulturgeschichte."
Nach dem Vortrag: **Gemüthl. Beisammensein und Tanz.**
Eintritt 10 Pf. Garderobe 10 Pf.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein 5/13
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
Morgen, Freitag, abends 8¼ Uhr, bei Cohn, Beuthstr. 20–21:
Sitzung der Ortsverwaltung und der Kontrollkommission.

Tischler-Verein.

Sonnabend, 10. Dezember, abends 8½ Uhr, Melchiorstraße 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über: „Lebenshaltung und Menschenrecht". 2. Vereinsangelegenheiten und Ausgabe der Billets zum Weihnachtsvergnügen. 190/9
Der Vorstand.

Cohn's Festsäle, Beuthstr. 19-22.

Sonnabend, der 7. Januar, ist frei geworden.

Die allbekannte Uhrenfabrik von P. Götte,
gegründet 1868, Berlin, Köpenickerstr. 79, Ecke Brückenstrasse, empfiehlt Nickel-Herrenuhren 7 M., Remontoirs in Silber von 12 M. ab, 10 Steine 18 M., Stahl-Damen-Uhren 10 M. — Specialität: Goldene Damen-Remontoir-Uhren von 19 M., do. Reichsstempel von 26 M. an, mit halbverdeckter Kapsel 30–45 M., 3 Kapseln, Savonette von 35 M. an. Goldene Herren-Remontoirs zu aussergewöhnlich billigen Preisen. Hausstanduhren. — Vers. nur gegen Einsdg. oder Nachn. — Umtausch gestattet. — Alte goldene Uhren werden in Zahlung genommen. Glashütter Uhren zu Fabrikpreisen von Lange & Söhne.

Kinderwagen- u. Schlafmöbel-Bazar Baby, I. Invalidenstrasse 160, an der Brunnenstrasse. II. **Gr. Frankfurterstr. 115,** Ecke Andreas-Strasse. III. **Oranien-Strasse 70,** Ecke Kommandanten-Strasse.

von 8,00–150,00

von 9,00–80,00.
Auch Theilzahlung v. 1,00 wöchentl. an. Bei Baarzahl. Rabatt. Amt III, 5281.

Betten, Stand von 10,00–100,00 Bettfedern u. Daunen. Schütten der Betten im Beisein der Käufer.

von 6,50 an.

von 5,00 an.

IV. **Chausseestrasse 8.** V. **Reinickendorferstrasse 2 DE.** VI. **Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 55.**
„Weihnachts-Ausstellung": Riesenauswahl in Puppen, Puppenwagen, Kindermöbel.
Lieferant der Beamten-Vereinigungen 61052*

Wachholder-Malz-Bier.
Ein diätetisches Nährbier für Blutarme, stillende Frauen, Magenkranke und Reconvalescenten, speciell für Harn-, Blasen- und Nierenleidende, ein Tafelbier ersten Ranges, im Geschmack unübertroffen.
30 Flaschen 3 Mark frei Haus ohne Pfand.
Deutsches Brauhaus,
W., Dennewitzstrasse 19.
Zu haben in allen Delicatess- u. Materialw.-Geschäften.
In Gebinden 1/1 à 1,25, 1/2 à 2,50. Versand nach ausserhalb.

Nähmaschinen
vor- und rückwärts nähend.
Afrana-, Adler-, Ringschiff-, Greifer-System,
für Haushalt und gewerbliche Zwecke,
liefert billigst zu kulanten Zahlungsbedingungen
E. Krieg,
SO., Skalitzerstr. 136, Wrangelstr. 118. W., Leipzigerstraße 112. [6347]*

Kinderwagen-Haus
August Götze,
Berlin N.,
Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstrasse.
Riesen-Auswahl in Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten- und Leiterwagen, Kinderholzmöbel und Klappstühle. 2269*
Korbwaaren eigener Fabrik.

CIRCUS BUSCH

Donnerstag, den 8. Dezember, abends 7½ Uhr:
Soirée équestre.
PERSIEN.
Gr. Manege-Schaustück in 5 Akten, inscenirt vom Dir. **Paul Busch.**
Besonders hervorzuheben: **Der Sprung des Prinzen Mirza Schaffy aus der Höhe der Circuskuppel ins Wasser.** Außerdem: **Troika** (russisches Dreigespann) ohne Zügel, dressirt und geritten von dem berühmten Schulreiter Herrn **Burkhardt-Footit.** Die neuen Freiheitsdressuren des Dir. **Busch. Salva und Manza,** Hand-Equilibristen und akrobatische Spiele. Mr. **Belling** als Jongleur zu Pferde. Amerikanische Freunde, höchst komisches Intermezzo. Morgen Freitag 7½ Uhr: **Persien.**

Unfallsachen. Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

Zu kaufen gesucht:
Aeltere sozialist. Literatur. Sozialdemokrat, Vorwärts, Vorbote, Zukunft, Neue Zeit, Volks-Zeitung, Volksstaat, Armer Konrad, Protokolle der Sozial-Kongresse, Janus, Sozialist, Rheinische Zeitung, Werke von Büchmann, Proudhon, Rodbertus, Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Heinzen, L. Stein, Tölcke, Waldsrobe, Weitling, Ruge 2c. 2c. **S. Calvary & Co.,** Berlin, Luisenstr. 31. 2022*

Winter-Hosen, Anzüge, Paletots. 869*
Hohenzollern-Mäntel, Joppen mit Musttaschen,
warm Futter, für Komptoir, Arbeit, Straße und Haus, vorjährige nach Maaß bestellte, nicht abgeholte, verkaufe Hälfte Kostenpreis. **Schneiderei Engel, Münzstr. 26, parterre.**

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, mein guter Vater, der Restaurateur
Wilhelm Hänisch
am 7. d. M., morgens 8 Uhr, sanft entschlafen ist.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 11. November, mittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Schöneberger Kirchhofes, Maxstraße aus statt.
Die trauernde Wittwe nebst Tochter.

Sterbe-Kasse
ehemals Pflug'scher Arbeiter
(Hetzel'sche Kasse).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß infolge Ablebens des ersten Schriftführers, Herrn H. Mohs, die erste Abfertigung in Sterbefällen bis auf weiteres Ackerstraße 164, bei Herrn **Otto Winkler,** stattfindet.
Sprechst. mittags 1½–1½3, abends 8 Uhr. 69/16* **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse
d. Schneider, Schneiderinnen
u. verwandt. Gewerbe zu Berlin.
Die **Arbeitgeber** werden hierdurch zu der am 16. d. Mts. im **Neuen Clubhaus,** Kommandantenstraße 72, abends 8 Uhr, stattfindenden
Vertreterwahl pro 1899
ergebenst eingeladen. [2579]
Tagesordnung:
Wahl von 110 Vertretern aus den Reihen d. Arbeitgeber, § 49 d. Statuts.
Anmeldeschein der Arbeiter dient als Legitimation.

Um **9 Uhr** finden in demselben Lokal die
Vertreterwahlen der Kassenmitglieder
pro 1899 statt, wozu dieselben ergebenst eingeladen werden.
Nur großjährige Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben, haben Zutritt.
Tagesordnung:
Wahl von 280 Vertretern aus den Reihen der Kassenmitglieder, § 49 des Statuts.
Das Quittungsbuch dient als Legitimation.
Berlin, 8. Dezember 1898.
Der Vorstand.
Carl Stock, Vorsitzender, Wollnerstr. 30. Heinrich Nölke, Schriftführer, Graunstraße 25.

Wer — Stoff — hat

fertige Anzug 1. Ranges **20 M.,** feinste Zuthaten, Garantie guter Sitz; fertige Anzug 2. Ranges **18 M.,** haltbare Futterstoffen, chik gearbeitet, zwei Anproben; fertige Anzug 3. Ranges **15 M.,** engl. Zuschnitt, Hose 3,50, haltbare Taschen; fertige Paletot **18 M.,** echtfardiger Sammetkragen, woll. Futter, engl. Façon; **verkaufe spottbillig Fabrikreste, leistungsfähiger wie jeder Tuchfabrikant.**
Stoff zum Paletot, Eskimo in allen Farben echt u. reine Wolle v. **12 M.** an, weiche Winterhosen-Reste grau, praktisch, von **8 M.** an. **Anzugreste,** Garantie für gutes Tragen, von **10 M.** an. 852*
Schneiderei Engel,
Münzstr. 26, part.

Großer
Möbelverkauf
Oranienstraße 73, an der Kommandantenstraße (früh. Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der theuren Ladenmiethe bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300–400 Mark, hochelegante von 500–5000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Theilzahlung unter den kulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderspind 18, Waschtoilette, Küchenspind 18, Kommode 15, Spiegel 7, Muschelkleiderspind 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 M., Nußbaum u. Mahagoni fournirte Kleiderspinden, Vertikow 32 M., Muschelbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Säulentrumeaux 45 M., Salongarnitur 60, 75 und 105 M., Paneelsophas mit Satteltaschen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschnitztes Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verliehen gewesener, zum theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb. [*

Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8
Schöneberger Ufer 25.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend Ab. 7-8.
Friedrichstraße 114, I. [2532*

Billig! Knabenanzüge! Billig! Paletots, Mädchenkleider u. Mäntel, O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.